www.roteanneliese.ch

NR. 238 | JULI 2016 | FR. 8.–

ROTE ANNELIESE

Die kritische Stimme des Oberwallis

Regierugnspropaganda:

Staatsrat missbraucht Amtsblatt

Seite › 3

Ausbildungsbeiträge:

Spardruck und ungerechte Verteilung

Seite › 9

Trotz Folter:

Baskin in der Schweiz in Haft

Seite › 16/17

Rechtsextremismus:

Neonazitreffen in Saxon VS

Seite › 17

Frank Garbely:

Seilers Seilschaften

Die Geschichtsserie «Walliser Geschichte(n)» von Frank Garbely rund um Seilers Seilschaften geht in die zweite Runde. Dieses Mal im Zentrum: Der Briger Bahnhof.

Seite › 14/15

Raumplanungs-Chaos:

Cinas salto mortale

Seite › 6/7

(Bild: Joujou/pixelio.de)

Atomausstieg stärkt Wasserkraft:

Walliser Parlamentarier versagen in Bundesbern

Seite › 10–12

Interessante Zeiten

Liebe Leserinnen, liebe Leser

Am 24. Juni twitterte SP-Nationalrat Cédric Wermuth Folgendes: «Hat irgendwer schon gesagt, dass wir in interessanten Zeiten leben?» Der 24. Juni war der Tag des Brexit, ein Tag dessen Folgen sich erst noch zeigen werden. Auch wenn eines bereits feststeht: Die Auswirkungen dieses Entscheides werden enorm sein. Schon in den letzten Jahren zeigte sich in vielen europäischen Ländern ein Wiedererstarken von nationalistischen Parteien und Ideologien, welche den europäischen Zusammenhalt massiv gefährden. Dass der Rechtspopulismus zu genau dieser Zeit seine Renaissance erlebt, ist indes kein Zufall.

In der im Oktober 2015 publizierten Studie «Going to Extremes: Politics after Financial Crises, 1870–2014»[1] zeigen die drei Autoren der Studie auf, dass nach Finanz- und Bankenkrisen in einer erstaunlichen Regelmässigkeit ein Aufschwung von rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien erfolgt. Eine Erkenntnis, die hilfreich sein kann, wenn man verstehen will, was in Europa zurzeit vor sich geht. Und eine, die das Votum der britischen Bevölkerung teilweise auch in ein anderes Licht rückt. Zwar setzten die Brexit-Befürworter in ihrer Kampagne vor allem auf die Furcht der Bevölkerung vor Zuwanderung. Doch der wahre Grund für das überraschende Votum der Briten dürfte tiefer liegen.

Bekanntlich gehen Finanz- und Wirtschaftskrisen immer einher mit grossen Existenzängsten für weite Teile der Bevölkerung. Genau diese Ängste schaffen den Raum für Rechtspopulisten, die für komplexe Probleme scheinbar einfache Lösungen anbieten – wobei für rechtspopulistische Rhetorik der Begriff «Lösungen» wohl fehl am Platz ist. Und so kommt es, dass rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien europaweit im Aufschwung sind.

Doch nicht nur Europa durchlebt zurzeit interessante Zeiten, um es in den Worten von Cédric Wermuth auszudrücken. Auch das Wallis steht vor gigantischen Herausforderungen. Über Jahrzehnte hinweg war die Raumplanung im Wallis ein einziges Desaster. Eine Strategie war nicht vorhanden und wohl auch nicht gewollt. So entstanden im Dunst der Klüngel- und Vetternwirtschaft über Jahrzehnte hinweg vollkommen überdimensionierte Bauzonen. Erst das neue Raumplanungsgesetz stoppte das muntere Treiben.

Die Probleme, vor denen das Wallis nun steht, sind hausgemacht. Da hilft das fast schon rituelle Beklagen der WalliserInnen über Bundesbern auch nicht mehr viel. Immerhin sieht man inzwischen ein wenig Licht am Ende des Tunnels. So stehen derzeit rund drei verschiedene Varianten zur Auswahl, welche einen Ausweg aus dem Raumplanungs-Debakel aufzeigen sollen. Die Rote Anneliese hat die drei Modelle genau unter die Lupe genommen und zeigt in dieser Ausgabe deren Stärken und Schwächen.

Doch egal welche der der Varianten zum Zug kommen wird: Verlierer wird es bei allen geben. Die Folgen der katastrophalen über Jahrzehnte verfolgten Raumplanungspolitik lassen sich nun einmal nicht einfach auf den Müllhaufen werfen. Und so sind hitzige Debatten und Konflikte vorprogrammiert.

Wir leben in interessanten Zeiten. Martin Germann

[1] http://bit.ly/1V68eVM

Inhalt

Amtsblatt: Missbrauch und Zensur 3

Diverses: Cannabis & Jakobsweg 4

Abstimmungen: Fakten zur AHVplus-Initiative 5

Raumplanungschaos: Die drei Modelle im Überblick 6/7

Anzeige: MenAlpin 8

Ausbildungsbeiträge: Das Wallis hinkt hinterher 9

Grüne Energie: Warum das Wallis die Energiewende braucht 10–12

Dicke Eier: Dies und das 13

Frank Garbely: Seilers Seilschaften Teil 2 14/15

Free Nekane: Baskische Aktivistin in Ausschaffungshaft 16/17

Neonazis: Vernetzungstreffen in Saxon VS 17

Sarah Heinzmann: Ein anderer Blickwinkel 18

Agenda: Der Veranstaltungskalender der RA 19

A9: Staatsrat murkst weiter 20

ROTE ANNELIESE
Die kritische Stimme des Oberwallis

IMPRESSUM

HERAUSGEBER Verein Rote Anneliese, Postfach 441, 3900 Brig-Glis, Tel. 027 923 63 89, rote.anneliese@rhone.ch

INTERNET www.roteanneliese.ch

FACEBOOK facebook.com/rote.anneliese

REDAKTOR Martin Germann

KOORDINATOR Beat Jost

MITARBEITENDE Frank Garbely, Sarah Heinzmann, Michael Näpfli

DRUCK s+z:gutzumdruck, 3902 Brig-Glis

Wo Feuer ist, da ist auch Rauch!

Haben Sie etwas gehört oder gesehen? Melden Sie sich bei der RA.

rote.anneliese@rhone.ch

Informationen werden vertraulich behandelt.

CANTON DU VALAIS KANTON WALLIS

Bulletin officiel | Amtsblatt

Vendredi 3 juin 2016 Freitag 3. Juni 2016

J.A.A. – 1950 Sion 1

Etude sur la valeur ajoutée du tourisme en Valais

Wertschöpfungsstudie über den Walliser Tourismus

Valeur ajoutée du tourisme EN VALAIS

Analyse de l'offre et de la demande touristiques 2014

Suite à la page 1410

Fortsetzung auf Seite 1411

Bulletin officiel | Amtsblatt

Administration: tél. 027 329 76 46 Fax: 027 329 76 79 – Case postale 799 E-mail: publication@bo-vs.ch

Service des abonnements: Tél. 027 329 76 40 – Fax: 027 329 76 10 E-mail: abos@bo-vs.ch

Site internet français: www.bo-vs.ch

Internet Portal Deutsch: www.amtsblatt-vs.ch

Hoch und hehr: Amtsblatt-Titelseite in schönster Propaganda-Manier.

3236 | Vendredi 18 décembre 2015 Bulletin officiel du canton du Valais

n°51

Médias et communication

Nominations au conseil d'administration de l'Hôpital du Valais

n°47

Vendredi 20. November 2015 Amtsblatt des Kantons Wallis | 2979

Le RER Valais/Wallis tient ses promesses et étoffe son offre pour 2016

Oskar Freysinger nouveau membre du Conseil des hautes écoles

Nur drei von vielen Beispielen: Staatsräte setzen sich im Amtsblatt schön in Szene mit den Fotos. Vorzugsweise in den französischen, weil mehr gelesenen Text-Teilen.

Fragwürdige wie rechtswidrige Regierungspropaganda:

Staatsrat missbraucht Amtsblatt – und boykottiert Rote Anneliese

Wallis | Raumplanungs-Desaster, Wasserkraft-Wirrwarr, A9-Baupleite, blinde Sparwut. Alles kein Problem für den Staatsrat. Je düsterer seine Politik, desto bunter seine Propaganda. Dafür missbraucht die Regierung immer öfter und immer mehr sogar das Amtsblatt – rechtswidrig.

Beat Jost

«Zwecks Bekanntmachung der offiziellen Erlasse der gesetzgeberischen, ausführenden und gerichtlichen Behörden, deren Veröffentlichung die Gesetzgebung vorsieht sowie aller übrigen Dokumente, deren Veröffentlichung eine Behörde beschliesst, sieht der Staat die Publikation eines Amtsblatts vor.» So steht es kurz und klar im Artikel 1 des Reglements über das Amtsblatt.

Von penetrantem Eigenlob und reich bebilderten Selbstdarstellungen der Staatsräte ist nirgends die Rede. Und trotzdem beansprucht solch pure wie plumpe Propaganda zunehmend mehr prominenten Platz im Amtsblatt. Mit «offiziellen Erlassen» und «Dokumenten», die von einer Behörde beschlossen wurden, hat das herzlich wenig zu tun.

Fadenscheinige Rechtfertigung

Staatskanzler Philipp Spörri rechtfertigt die exzessive Nutzung des Amtsblatts für Regierungspropaganda mit dem schwammigen Artikel 9 des Gesetzes über die Information, den Datenschutz und die Archivierung (GIDA). Demnach informieren die Behörden «von sich aus über ihre Tätigkeiten, welche für die Öffentlichkeit von Interesse sind». Dass damit aber weder das Amtsblatt noch der Staatsrat exklusiv gemeint sein können, wird jeder Jus-Student bereits im ersten Semester durchschauen. Dafür stehen dem Staatsrat Medien-Communiqués und Medienkonferenzen offen, die in Sitten ja geradezu inflationär häufig zelebriert werden.

Amtsblatt als Schmiermittel

Doch damit nicht genug der ungefilterten Regierungspropaganda. Mit den Amtsblatt-Druckpartnern Beeger AG und Mengis hat der Staatsrat auch noch einen Sonderdeal ausgehandelt. Seither erscheinen im «Nouvelliste» und im «Walliser Bote» ganzseitige, redaktionell anmutende Publireportagen der Departemente und Dienststellen. Staatskanzler Spörri bestätigt gegenüber der Roten Anneliese, dass Mengis und Co. diese Regierungs-Inserate «ohne zusätzliche Kosten», das heisst gratis veröffentlichen. Das mutmassliche Motto der Medien-Allianz: Wie du mir, so ich dir.

Rote Anneliese nicht im Argus

Weniger kommunikativ agiert der Staatsrat, wenn es um kritische Berichterstattung geht. Ein Beispiel: Täglich verteilt die Regierung intern und extern eine Presseschau mit Dutzenden von Beiträgen in Dutzenden von Medien, zusammengestellt vom Medien-Beobachtungsdienst Argus. Wir wissen: Die haben auch die Rote Anneliese auf dem Radar. Doch in der Presseschau des Staatsrates kommt die RA partout nicht vor.

«Aus Kosten und Informationseffizienzgründen beschränkt sich unsere automatisierte ARGUS-Medienbeobachtung auf Titel mit einer gewissen Anzahl an Auflagen und Erscheinungen», begründet der Staatskanzler den Boykott der Roten Anneliese in der flexibel wählbaren Argus-Auswahl. Es gab schon bessere Ausreden für billige politische Zensur. ■

Staatsrat Tornays «garde-meubles»

Anzeige auf der Titelseite des Amtsblatts vom 3. Juni 2016.

Hatz auf Cannabis-Kleinkonsumenten:

Bregy am Tropf der Freysinger-Hatz

In Colorado boomt der Tourismus. Weil die Gäste neu Haschisch konsumieren dürfen. Im Wallis verliert der Tourismus an Boden. Weil der Franken zu stark ist. Und weil bei uns Oskar Freysinger mit seinen PolizistInnen und StaatsanwältInnen Hatz auf Konsumenten mehr oder minder leichter Drogen macht.

Die repressive Drogenpolitik macht aus KonsumentInnen Kleinkriminelle, weil die Drogen teuer sind. Darunter leiden die Privaten, in deren Geschäfte und Wohnungen sie einbrechen.
Dazu kommen die ganzen Arbeitsstunden der Polizei und der Staatsanwaltschaft. Die Gemeinden kennen neu den Tarif von Freysinger: 180 Franken pro Stunde.
Noch mehr kosten die Pflichtverteidiger, wie unser Original-Dokument zeigt. So kassierte CVPO-Grossrat Philipp Matthias Bregy für eine amtliche Verteidigung an die 3'000 Franken.

Und dies alles wegen zwei Kleinkonsumenten, die wohl nie etwas zurückzahlen können.

Sinnvoll wäre die kontrollierte Abgabe durch Apothekern. Neu ist der in Siders wohnhafte Apotheker Guntern Präsident des Briger Gewerbevereins. Er macht brav Reklame für die viel zu grossen Einkaufszentren, die richtplanwidrig erstellt wurden. Weil die Apotheke, an der er im Simplon-Center beteiligt ist, rote Zahlen schreibt. Die kontrollierte Abgabe von Drogen würde das Resultat verbessern und die Kriminalität senken. Genauso wie die Kosten für den Staat Wallis, der dem Sparapostel Bregy fast 3000 Franken überweisen musste.

In Italien baut jetzt die Armee Marihuana an. Die Armee hat im Wallis fast alle Arbeitsplätze Richtung Mittelland verschoben. Oskar Freysingers Bilanz ist mehr als mager. Er könnte nach dem Vorbild der Italiener den kontrollierten Haschisch-Anbau als Kompensationsmassnahme realisieren. Da die SVP seit zwei Jahrzenten das VBS kontrolliert.
Umso mehr als im Wallis von der für den Tourismus versprochenen Milliarde noch niemand etwas gesehen hat. ■

11. Der Kanton Wallis entschädigt Rechtsanwalt Philipp Matthias Bregy für die amtliche Verteidigung von [redacted] mit CHF 2'180.00

[redacted] hat dem Kanton Wallis die ausgerichtete amtliche Entschädigung zurückzuzahlen und Rechtsanwalt Philipp Matthias Bregy die Differenz von CHF 889.90 zwischen der amtlichen Entschädigung und dem vollen Honorar zurück zu erstatten, sobald es seine wirtschaftlichen Verhältnisse erlauben (Art. 135 Abs. 4 StPO).

	Stunden	Satz		
amtliche Entschädigung	10.30 h	180.00	CHF	1'854.00
Auslagen			CHF	164.50
Mehrwertsteuer 8.0%			CHF	161.50
Total, vom Kanton Wallis auszurichten			**CHF**	**2'180.00**

Ausschnitt: Bregy kassiert vom Walliser Staat mehr als 2'000 Franken.

Der Jakobsweg

Jede und jeder kennt eine Geschichte über Jakob Bolliger. Denn er war immer unterwegs im öffentlichen Raum. Mit Gestängen aus Kuhglocken und Fahnen. Jakob Bolliger kandidierte für die SVP. Er wurde mit der Partei, die gegen IV-Rentner und Sozialbezüger hetzt, nicht glücklich. Irgendwann war er ein Schweizer Demokrat. Mitglied jener Partei, die das Soziale mit dem Nationalen zu verbinden sucht.
Noch im Dezember pilgerte er mit Glocken, Fahnen und Hund in den Aargau, nach Bettwil. Um an einer Strassensperre gegen eine Asylunterkunft teilzunehmen. Gegenüber der Aargauer Zeitung brachte er seinen Fremdenhass auf den Punkt: «Mir ist das Anliegen der Bettwiler als Walliser genauso wichtig. Es kann nicht sein, dass Asylbewerber hierher kommen. Das Boot ist eindeutig überfüllt. Fertig, Schluss».
Jakob war kein Walliser. Er war ein Ausserschweizer. Den Dialekt hat er nie gelernt. Obwohl oder gerade weil er Walliser Fahnen und Kuhglocken durch jede Strasse und in jedes Stadion trug.
Der 1923 gegründete Natischer Jakobsverein zählt 500 Mitglieder. Während des Zweiten Weltkrieges – als die Männer an den Grenzen waren – half man sich gegenseitig, um die landwirtschaftlichen Flächen zu bewirtschaften. Alle Köbis der Gemeinde Naters machen im Verein mit. Nur Köbi Bolliger war keiner von ihnen.
Er überidentifizierte sich mit einem Land, das nicht das Seine war. Er war ein Velofahrer: Treten gegen unten und Buckeln gegen oben.
Einer, der auftrat und gleichzeitig um Geld für seine Auftritte betteln musste. Weil es sonst vorne und hinten zum Leben nie gereicht hätte.
Jakobs Frisur erinnerte in ihrer Farbenpracht zunehmend an den Haarschopf des rechten Komikers Andreas Thiel. Seine Coiffeuse konnte es ihm scheinbar selten recht machen. Er wollte und konnte den vollen Preis nicht bezahlen. Ein einsamer Schnorrer der arroganten Art. Ein rechter Velofahrer eben.
Bolliger und sein Hund waren Schwarzfahrer. Jakob weigerte sich, seinen Hund, als dieser noch nicht 30 Zentimeter Risthöhe aufwies, wie vorgeschrieben in einem Käfig zu transportieren. Und kassierte Bussen. Der eine oder andere Kondukteur hat auch mal beide Augen zugedrückt.
Er starb allein. Wurde er Opfer jener Anabolika, die seine Muskeln stärkten? Lange bemerkte niemand seinen Tod. Niemand kennt seinen Todeskampf und seinen Todestag. Sein einziger Freund – sein Hund – blieb bei ihm.

Wir nehmen Abschied von

Jakob Bolliger
8. August 1952

Er starb in seinem Heim.

In stiller Trauer:
Anverwandte, Freunde und Bekannte

Die Urnenbeisetzung findet am Freitag, 22. April 2016, um 14.00 Uhr auf dem Friedhof in Naters statt.

Für Jakob Bolliger gab es keine Messe zum Abschied. Nur ein Urnenbegräbnis. Niemand kannte seine Verwandten. Freunde hatte er nicht. Bekannte viele. Was mit seinem Hund geschah, wissen wir nicht. ■

Die AHVplus-Initiative fordert 10 Prozent höhere Renten für alle

Niemand profitiert mehr davon als das Wallis

Bern | Am 25. September stimmen wir über die AHVplus-Initiative der Gewerkschaften ab. Die Forderung: Zehn Prozent mehr AHV-Rente für alle. Das ist im Interesse der grossen Mehrheit der lohn- und rentenabhängigen Walliserinnen und Walliser. Denn: Wir haben vergleichsweise tiefere Löhne und schlechtere Pensionskassenrenten. Die AHV schafft einen solidarisch finanzierten Ausgleich zwischen den reichen Zentren und den wirtschaftlich schwachen Regionen.

Beat Jost

Keine Frage: Die Renten sind unter Druck. Die AHV-Renten hinken den Löhnen hinterher und die Pensionskassen senken reihum die Leistungen. Deshalb will die Initiative der Gewerkschaften die AHV-Altersrenten um zehn Prozent erhöhen – bezahlt über höhere AHV-Beiträge. Die übrigens seit vierzig Jahren nicht mehr erhöht wurden.

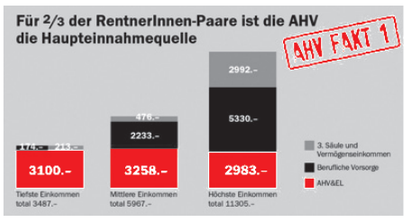
Die politische Rechte, angeführt von der FDP und SVP, lässt seit Jahren nichts unversucht, um die AHV – das beste und erfolgreichste Sozialwerk der Schweiz – kaputtzureden. Und dies mit dem immer gleichen Ziel: Die Leistungen der AHV abbauen – um den Lohnabhängigen die teuren Versicherungsprodukte der Banken und Versicherungen unterzujubeln.

Die nachstehenden fünf Fakten des Gewerkschaftsbundes veranschaulichen, warum am 25. September an der Urne SVP, FDP und Co. gestoppt und die AHV-Renten erhöht werden müssen. ■

Der AHVplus-Rechner

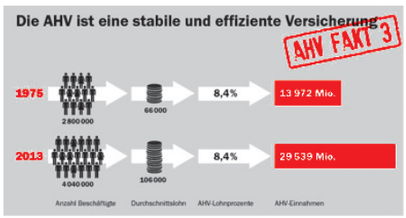
Berechnen Sie jetzt, wie hoch Ihre voraussichtliche Rente dank AHVplus ausfällt. Erfahren Sie auch, wie viel Sie die bessere Rente kostet.
www.ahvplus-rechner.ch/

Weitere nützliche Informationen finden Sie unter:
www.ahvplus-initiative.ch



Die AHV ist eine soziale Versicherung, von der Menschen mit geringen und mittleren Einkommen am meisten profitieren. Sie ist deshalb das Fundament unserer Altersvorsorge. Für zwei Drittel der RentnerInnen ist die AHV die Haupteinnahmequelle im Alter.

Die AHV steht für sichere Renten. Bei der 2. Säule zahlen wir immer mehr, bekommen aber immer weniger. Die AHV-Beiträge sind demgegenüber seit Jahrzehnten gleich geblieben.



Die AHV ist stabil und effizient, weil ihre Finanzierung an die Löhne und die Produktivität gekoppelt ist. In den letzten 40 Jahren sind die AHV-Lohnprozente gleich geblieben. Weil jedoch die Löhne gestiegen sind, können die Renten einer zunehmenden Anzahl Versicherten problemlos bezahlt werden.

Die AHV ist eine gerechte Versicherung: Jede/r zahlt den gleichen Anteil des Einkommens, die Renten für die Reichsten sind aber plafoniert. Das passt einigen nicht. Sie reden die AHV schlecht, weil sie den solidarischen Gedanken hinter dieser einzigartigen Versicherung ablehnen.

Die AHV-Renten sind für Frauen und Männer gleich hoch. Denn die AHV gleicht den Umstand aus, dass viele Frauen (und Männer) Teilzeit arbeiten oder unbezahlte Familienarbeit leisten. Diese Arbeit wird bei der AHV honoriert und in der Rente berücksichtigt – im Gegensatz zur beruflichen Vorsorge.

Nachrichtendienstgesetz: Dem Schnüffelstaat eins auf die Nase!

Bern | Das neue Nachrichtendienstgesetz (NDG) will die Kompetenzen des Schweizer Nachrichtendienstes massiv ausbauen und öffnet dem Schnüffelstaat noch weiter Tür und Tor. Künftig hätte der Nachrichtendienst die Möglichkeit, ohne Verdacht auf eine Straftat in die Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger einzudringen und deren Leben und Kommunikation zu überwachen. Geben wir dem Schnüffelstaat eins auf die Nase – mit einem Nein am 25. September.

Missachtung des Rechtsstaats

Der Nachrichtendienst verkommt von einer Behörde der defensiven Gefahrenabwehr zu einem offensiven Geheimpolizei-Apparat ausserhalb des rechtsstaatlichen Rahmens. Demokratische Kontrolle durch das Volk ist ebenso wenig vorhanden wie Transparenz.

Unnötiges Gesetz

Für die Verfolgung terroristischer Aktivitäten und organisierter Kriminalität sind bereits heute die Bundesanwaltschaft und die kantonalen Polizeibehörden zuständig. Sie verfügen über die notwendigen Mittel und eine gesetzliche Aufsicht. Darüber hinausgehende staatliche Überwachung ohne konkreten Verdacht untergräbt den Rechtsstaat und die Demokratie! ■

Infos: www.schnueffelstaat.ch

Kurze Chronologie Walliser Todsünden

Alles Lamentieren bringt nichts: Das Wallis hat sich das Raumplanung-Desaster selber eingebrockt. Sogar der ehemalige gelbe Fraktionschef Thomas Gsponer – während Jahren ein grosser Tenor im Grossen Rat – gibt zu: Die Politik hat versagt. Die Raumplanung sei der «grösste politische Sündenfall der Walliser Gegenwartsgeschichte». Wer hat versagt und gesündigt? Hier eine kurze Chronologie der grössten Walliser Dummheiten.

Ab den 1970er-Jahren: Die Walliser Gemeinden schaffen auf Druck der Zweitwohnungs-Spekulanten und der lokalen Baufürsten viel zu grosse Bauzonen. Dabei sorgt die politische Mehrheit für sich und ihren Anhang. Viele Einheimische gehen leer aus. Der effektive Bedarf und eine geordnete, sinnvolle Siedlungsentwicklung spielen bei dem grassierenden Bauzonen-Boom keine Rolle.

Ab den 1990er-Jahren: Es wird langsam klar, dass das Bauland im Wallis vielerorts nicht für 15 Jahre, sondern sogar für 40 bis 50 Jahre ausgelegt ist. Die Folgen werden immer offensichtlicher und erdrückender: Zersiedelung, aufwendige Erschliessungen, hohe Infrastrukturkosten. Doch niemand stoppt den Irrsinn. Die Linke protestiert vergeblich. Niemand von den Bürgerlichen tritt auf die Bremse.

2008: Ein Aktionsbündnis aus 16 Umwelt-, Verkehrs- und Bauernorganisationen entwickelt Druck in der Raumplanungs-Debatte, reicht die Volksinitiative «Raum für Mensch und Natur» (Landschaftsschutzinitiative) ein. Die sehr gemässigte Forderung des Volksbegehrens: Die Gesamtfläche der Bauzonen in der Schweiz darf während 20 Jahren nicht vergrössert werden. Gleichwohl stimmen die bürgerlichen Walliser ParlamentarierInnen Amherd (CVP), Darbellay (CVP), Freysinger (SVP) und Germanier (FDP), Fournier (CVP) und Imoberdorf (CVP) vier Jahre später gegen diese Initiative, die dem Wallis mehr als entgegengekommen wäre. Buttet (CVP) enthält sich, nur die SP-Vertreter Reynard und Rossini sind dafür.

2010 – 2012: Der Bundesrat bringt als indirekter Gegenvorschlag zur Landschafschutzinitiative eine Revision des Raumplanungsgesetzes (RPG) ins Parlament. Der zentrale Punkt: Die Bauzonen müssen dem voraussichtlichen Bauland-Bedarf für 15 Jahre entsprechen. Davon am meisten betroffen: Das Wallis. Doch die Walliser ParlamentarierInnen spielen in der Debatte keine Rolle. Amherd, Schmidt, Imoberdorf und Co. bringen keine eigenen Vorschläge und mögliche Kompromisslösungen ein, weder in den Kommissionen noch im Plenum. Dass die Walliser ParlamentarierInnen am Schluss gegen das revidierte RPG stimmen, ist nur noch für die Galerie. Kurzum: Eine peinliche und folgenreiche (Nicht-)Vorstellung.

2013: Das Schweizer Volk stimmt am 3. März dem neuen RPG mit 63 Prozent zu. Als einziger Kanton lehnt das Wallis die Vorlage ab. Die Landschaftsschutzinitiative wird daraufhin zurückgezogen.

Raumplanungs-Chaos:

Das Wallis sieht rot

Wallis/Bern | Der Kanton Wallis hat in der Vergangenheit raumplanerisch über alle Stränge gehauen, viel zu viel Bauland eingezont und damit einer teuren Zersiedelung Vorschub geleitet. Und muss nun büssen. Auch weil die bürgerlichen Walliser ParlamentarierInnen in Bern eine schlechte Falle machten und es ver-

Das Modell Cina: Salto mortale

Staatsrat Jean-Michel Cina:

2134 Hektaren Bauland auszonen
Kosten: 4 Milliarden Franken

«Die Rückzonungen auf das Nötigste beschränken», propagiert Staatsrat Jean-Michel Cina sein Raumplanungs-Modell. Dumm nur, dass das «Nötigste» in diesem Fall entsetzlich viel ist. Es sind ganz genau 2'134 Hektaren oder 21 Millionen Quadratmeter Bauland, die ausgezont werden sollen – 67 Prozent des für die Wohnnutzung bestimmten Baulandes.

Bei einem Quadratmeterpreis von 200 Franken würde die Auszonungen die öffentliche Hand – Kanton und Gemeinden – rund vier Milliarden Franken kosten. Wer wieviel dieser horrenden Rechnung zahlen soll – zahlen will – steht in den Sternen geschrieben. Real droht eine kalte Enteignung. Kein Wunder, dass Cinas Personal, allen voran sein Raumplanungschef Damian Jerjen, verzweifelt wie unbeholfen versucht, die Bombe zu entschärfen. Nur zwei Drittel der Gemeinden und nur zehn Prozent der Bevölkerung seien von Rückzonungen betroffen, rechnete Jerjen kürzlich im «Walliser Bote» vor. Im Klartext heisst das:

- **88 Gemeinden müssen einen mehr oder minder grossen Teil ihres Baulandes wieder auszonen.**
- **33'000 Bauland-Eigentümer sind direkt betroffen; real sind es aber noch viel mehr, wenn man die erbberechtigten Nachkommen der Eltern mitrechnet, deren Bauland jetzt im «Loch Cina» verschwindet.**

Das ist nur die quantitative Dimension des raumplanerischen Salto mortale. Hinter Cinas Modell verbergen sich nämlich eine ganze Reihe von Problemen, die viele Familien vor grosse Probleme stellen könnte, wie sie die SPO im WB plastisch schilderte:

Beispiel 1: Bei einer Erbteilung bekam eines der Kinder eine noch nicht überbaute Bauland-Parzelle zugeteilt. Jetzt wird der Boden ausgezont und nur teilweise entschädigt, wenn überhaupt. Wer steht für den Verlust gerade? Der Krach in der Familie ist vorprogrammiert.

Beispiel 2: Eine junge Familie hat ein Haus gebaut und als Sicherheit für die Hypothek eine noch nicht überbaute Bau-Parzelle eingesetzt. Was passiert im Fall einer Auszonung dieses Landes? Welche neuen Sicherheiten wird die Bank von der Familie verlangen? Schlaflose Nächte sind vorprogrammiert.

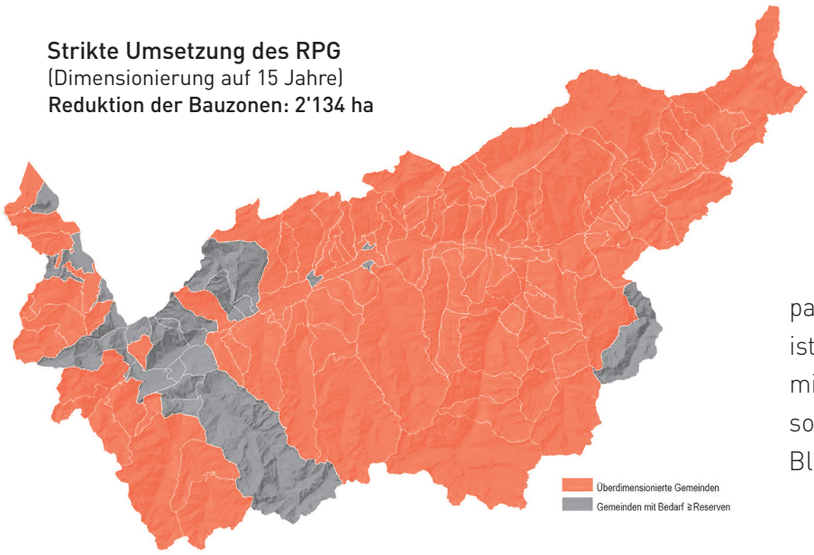
Beispiel 3: Ein Ehepaar in einem Bergdorf hat sich geweigert, ihr Bauland an Spekulanten zu verkaufen, trotz verlockenden Angeboten. Es wollte das Land für ihre Kinder und Kindeskinder in Reserve behalten. Wird das Land ausgezont, ist der Generationen-Plan futsch. Und weitere Abwanderungen sind vorprogrammiert.

Die Stärken des Modells:

- Cina gebärdet sich katholischer als der Papst, befolgt das revidierte Raumplanungsgesetz nach Punkt und Komma. Ist der neue Job als SRG-Präsident der Dank dafür?

Die Schwächen des Modells:

- Die Rückzonungen überfordern die Gemeinden finanziell und politisch. Müssen die Gemeinderäte unter Personenschutz gestellt werden, wenn die konkreten Rückzonungspläne auf den Tisch kommen?
- Mit den Rückzonungen werden neue Ungerechtigkeiten geschaffen, in dem in der Regel wieder jene absahnen, die in der Gemeinde das Sagen haben.
- Der Vorschlag schafft für die Betroffenen unter Umständen schwierige Situationen und wirft viele Fragen auf.
- Das Modell ist ein einziges Rückzugsgefecht. Im Vergleich dazu sind die Modelle SPO und Gsponer um einiges innovativer. ■



Strikte Umsetzung des RPG
(Dimensionierung auf 15 Jahre)
Reduktion der Bauzonen: 2'134 ha

passten, sinnvolle Kompromisslösungen einzubringen. Darum ist das Wallis jetzt mit der brisanten Frage konfrontiert, was mit den 2'134 Hektaren überschüssigem Bauland geschehen soll. Konkret stehen drei Modelle im Raum. Wir werfen einen Blick darauf und sagen, was dafür und was dagegen spricht.

Beat Jost

Das Modell SPO: Pragmatisch

SPO-Präsidentin Doris Schmidhalter-Näfen:

Umlegen statt auszonen
Kosten: Keine

Die SPO Oberwallis (SPO) vertritt den Standpunkt: Bauland-Rückzonungen werden viele Bodeneigentümerinnen und -eigentümer hart treffen. Und viele Gemeinden finanziell überfordern. Sie schlägt deshalb vor, alle Möglichkeiten auszuloten, um harte Aus- bzw. Rückzonungen zu verhindern.

Eine Möglichkeit sieht die SPO in der Umsetzung des folgenden Konzepts, das von den Gemeinden wahlweise als Alternative wahlweise zum Rückzonungs-Plan des Kantons angewandt werden kann.

- Alles Bauland (oder Teile des Baulands) einer Gemeinde kommen in einen Topf. Aufgrund der Parzellengrösse und Bewertung (Bonitierung) hat der Eigentümer einen Anspruch X im Rahmen dieses Topfs.
- Wer bauen will, bekommt eine Parzelle am richtigen Ort zugeteilt.
- Wer seinen Boden oder Bodenanteil verkaufen will oder muss, kann dies jederzeit tun.
- Gebaut wird verdichtet und etappenweise am raumplanerisch richtigen Ort.
- Gebaut werden mit Vorteil Plus-Energie-Häuser mit möglichst wenig Bodenversiegelung.
- Gemeinde und Private ersparen sich unnötig hohe Erschliessungskosten.
- Es bricht in den nächsten fünf Jahren auch keine Panik mit Schnellschuss-Baugesuchen aus.

Der Anteil des Bodens aus dem oberwähnten Topf, der den vom Gesetz vorgesehenen Bedarf von Bauland für die nächsten 15 Jahre übersteigt, wird mit einem Bauverbot bzw. mit der Belegung durch eine Planungszone versehen. Damit trägt man den Anforderungen des neuen Raumplanungsgesetzes Rechnung.

Die Stärken des Modells:

- Der SPO-Vorschlag ist pragmatisch. Selbst freisinnige Politiker wie der Aargauer Ex-Ständerat Willy Loretan, Burger von Leukerbad und ehemaliger Präsident der Stiftung für Landschaftsschutz, bewerten das Modell als interessante Variante und als mögliche Lösung.
- Kein Eigentümer verliert Bauland. Alle behalten ihren Anspruch auf Bauland im bisherigen Umfang.
- Niemand wird enteignet – dies entgegen der Behauptung des kantonalen Raumplaners Damian Jerjen und auch im Gegensatz zum Modell des Staatsrats.
- Die Gemeinden müssen keine heissen Diskussionen darüber führen, welches Bauland ausgezont wird und welches nicht.
- Die Gemeinden müssen auch keine hohen Rückzonungs-Entschädigungen zahlen.

Die Schwächen des Modells:

- Nicht jeder Eigentümer behält seine Bauparzelle an jenem Ort, wo er sie am liebsten hätte. Dafür erhält er eine sinnvoll erschlossene und somit optimal baufähige Parzelle. ■

Das Modell Gsponer: Utopisch

Ex-CSPO-Fraktionschef Thomas Gsponer:

Alles Bauland in einen Staatsfonds
Kosten: 7 Milliarden Franken

Der radikalste Vorschlag kommt in der laufenden Raumplanungs-Debatte vom Visper Thomas Gsponer. Der rechtsliberale Ökonom, ex-Fraktionschef der CSPO im Grossen Rat und aktuell Direktor der Verbands Graphischer Unternehmen «Viscom», fordert faktisch die Verstaatlichung der gesamten 3500 Hektaren Bauland, die in einen kantonalen Bodenfonds übergeführt werden sollen.
Gsponer ein bodenpolitischer Sozialist? Nicht ganz. Finanzieren will er nämlich den staatlichen Bodenfonds vorab mit Grundstückgewinnsteuern und der Privatisierung der WKB – und als Träger soll eine Aktiengesellschaft den Bodenfonds verwalten – vermutlich von Privaten kontrolliert.

Und so soll die allgemeine Verfügbarkeit der wichtigen Ressource im Modell Gsponer organisiert werden:

- Der Bodenfonds bewirtschaftet die für die nächsten 15 Jahre zur Verfügung stehenden 1500 Hektaren Bauland dynamisch und die 2000 Hektaren blockiertes Bauland im Rahmen einer Fondslösung.
- Anträge für Bauland können einerseits Gemeinden und andererseits Private auf der Basis von Nutzungsplänen stellen. Der Erwerb des Fondslandes erfolgt durch öffentliche Versteigerungen.
- Bei einer durchschnittlichen Entschädigung von 200 Franken pro Quadratmeter kostet die Übernahmen der 3'500 Hektaren (= 35 Millionen Quadratmeter) Bauland, den Bodenfonds rund sieben Milliarden Franken.
- Finanziert werden soll dieser Milliarden-Kauf durch: Grundstückgewinnsteuern (700 Mio.), Mehrwertabschöpfungen (300 Mio.), die Privatisierung der Kantonalbank (1'000 Mio.), die Teilprivatisierung der Walliser Elektrizitätsgellschaft WEG (500 Mio.), den Verkauf der 1500 Hektaren verfügbares Bauland (3'000 Mio.) und über den Kapitalmarkt mittels Verbriefung der Bodenreserven und Fondsemissionen (4'000 Mio.).

Die Stärken des Modells:

- Gsponer bringt mit seiner Bodenfonds-Lösung die ganze Dimension und Tragweite der aktuellen Raumplanungsdebatte auf den Tisch – und die Kritik auf den Punkt: die Politik habe versagt, die Raumplanung sei der «grösste politische Sündenfall der Walliser Gegenwartsgeschichte», die Raumplanungs-Politik verursache «irreversible Schäden».
- Aus linker Sicht positiv ist: Das Bauland wird fürs erste der privaten Spekulation und der lokalen Bauzonen-Vetterliwirtschaft entzogen; der Boden wird generell für alle verfügbar.
- Die Zusammenführung von bebaubarem und blockiertem Bauland in einem kantonalen Bodenfonds eröffnet grosse Gestaltungsspielräume bezügliche Baulandumlegungen, Arrondierungen und sinnvollen Überbauungen.

Die Schwächen des Modells:

- Die Überführung der 3500 Hektaren Bauland in den Staatsfonds wird auf massiven Widerstand stossen – genau wie die Rückzonungen im Modell Cina.
- Die sieben Milliarden Franken Entschädigungskosten machen das Gsponer-Modell definitiv zum politischen Rohrkrepierer.
- Die Privatisierung der Kantonalbank und die Teilprivatisierung werden zusätzlich für Streit sorgen und Gegner auf den Plan rufen. ■

Anzeige

Mit Energie
nichts im Sinn

*aus der 1. Strophe der Walliser Hymne

MenAlpin

Sponsored by Blocher, Ebner & EnAlpin/Fotos Walliser Bote & RRO

Ausbildungsbeiträge:

Spardruck und ungerechte Verteilungspraxis

Wallis | Als einer von acht Kantonen ist das Wallis nicht teil des Stipendienkonkordats. Über den Studierenden schwebt damit auch immer der Sparhammer des Kantons. Besserung ist nur teilweise in Sicht.

Martin Germann

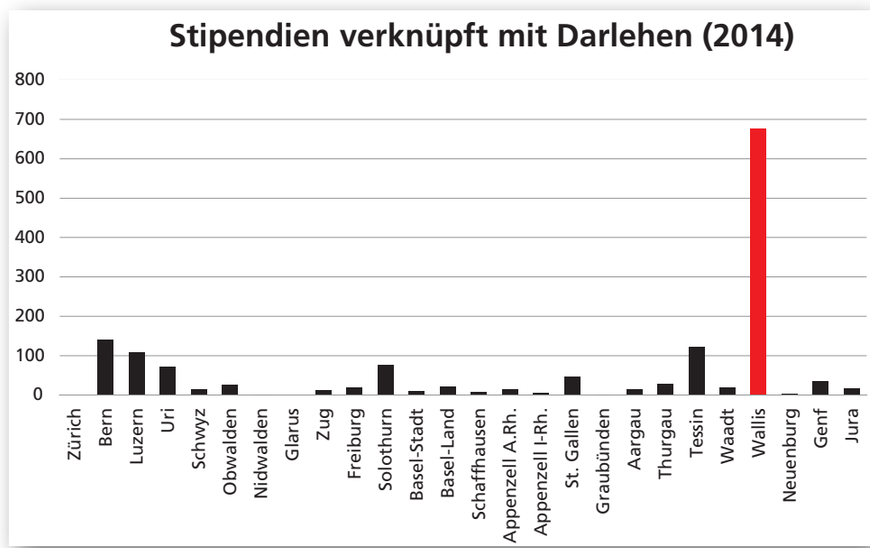
Am 14. Juni 2015 schickte die Schweizer Stimmbevölkerung die Stipendieninitiative des Verbands der Schweizer Studierendenschaften (VSS) mit 72,5 Prozent der Stimmen bachab. Der Versuch, schweizweit einheitliche Kriterien für die Vergabe von Stipendien geltend zu machen, scheiterte. Dennoch blieb die Initiative nicht wirkungslos. Auf Initiative der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) trat am 1. März 2013 das Stipendienkonkordat in Kraft. Dieses soll eine Harmonisierung der kantonalen Stipendiengesetzgebung bewirken. Bis heute sind rund 18 Kantone dem Konkordat beigetreten, einmal mehr abwesend ist der Kanton Wallis.

Im Juni 2010 stimmte der Walliser Grosse Rat über das Stipendienkonkordat ab und lehnte dieses knapp ab (mit 63 gegen 55 Stimmen bei 5 Enthaltungen). Das war, bereits zu diesem Zeitpunkt, kein gutes Zeichen für die Walliser Studierenden. Denn neben dem Nichtbeitritt ins Stipendienkonkordat sollten diese in Zukunft auch noch unter dem Spardruck des Kantons zu leiden haben.

Darlehensvergabe als Sparmassnahme

Neben dem finanziellen Aspekt ist im Kanton Wallis insbesondere die Praxis, Stipendien mit Darlehen zu verknüpfen, augenfällig. So zeigen die aktuellen Zahlen des Bundesamts für Statistik, dass kein anderer Kanton Stipendien so häufig gebunden an Darlehen vergibt (siehe dazu nebenstehende Grafik). Das Departement für Bildung und Sicherheit begründet dies wie folgt: «Der Kanton Wallis ist der einzige Kanton, der einen Teil der Unterstützung für tertiäre Ausbildungen systematisch kombiniert in Stipendien und Darlehen gewährt. Gewährt die Kommission für eine tertiäre Ausbildung einen Ausbildungsbeitrag, werden 80 Prozent des Betrags in Form eines Stipendiums und 20 Prozent in Form eines Darlehens ausbezahlt.»Dieser Modus sei auf den Willen des Grossen Rates so eingesetzt worden, heisst es weiter. Dies um die Begünstigten stärker in die Verantwortung miteinzubeziehen. Was jedoch in erster Linie der Selbstverantwortung der StudentInnen dienen soll, könnte in Wahrheit durchaus noch weitere Gründe haben. Und das sind handfeste finanzielle Gründe. So müssen Studierende ihre Darlehen nach Beendigung des Studiums zurückzahlen, ganz im Gegensatz zu Stipendien. Wenn Studierende also nach Beendigung ihres Studiums in die Arbeitswelt eintreten, wartet für viele erst einmal ein Schuldenberg, der abgetragen werden muss.

Auffällig ist im Kanton Wallis indes weiter, dass im Vergleich zu anderen Kantonen überdurchschnittlich viel Personen in den Genuss von Stipendien und/oder Darlehen konnen. So kamen im Jahr 2014 im Kanton Bern, der rund dreimal mehr EinwohnerInnen als das Wallis hat, gerade einmal 4061 Personen in den Genuss von Ausbildungsbeiträgen, im Wallis waren es fast gleich viel an der Zahl, nämlich 3810.



Grafik zeigt: Wenn es darum geht, Stipendien mit Darlehen zu kombinieren ist das Wallis einsame Spitze.

Überdurchschnittlich hohe Zahl an BezügerInnen

Was auf den ersten Blick schön tönt, bekommt jedoch bei näherer Betrachtung einen faden Beigeschmack. Denn die im Kanton Bern ausgeschütteten Beträge sind fast um das Zweifache höher. Für das Wallis bedeutet dies schlussendlich, dass zwar eine breite Schicht in den Genuss von Ausbildungsbeiträgen kommen, diese aber um einiges tiefer ausfallen, als in den meisten anderen Kantonen.

Immerhin hat sich in dieser Hinsicht bereits etwas getan. Mit der letzten Revision zur Vergabe der Ausbildungsbeiträge wurde eine gezieltere Vergabe der Stipendien angestrebt und es waren bereits erste Fortschritte zu erkennen. So nahm einerseits die Anzahl an BezügerInnen leicht ab (2014: 3‘749 BezügerInnen, 2015: 3'469 BezügerInnen) und gleichzeitig stieg der gesamthaft ausgeschüttete Betrag leicht an. Dies führte dazu, dass der durchschnittlich gewährte Stipendienbetrag pro BezügerIn von 4'726 Franken im Jahr 2014 auf 5'295 Franken im Jahr 2015 angehoben werden konnte.

Diese Revision war dringend notwendig, denn letztlich bringt es Nichts, wenn wenig Geld an viele Personen verteilt werden. Denn dadurch bleiben die Beträge für diejenigen Personen tief, welche gerade am meisten von Ausbildungsbeiträgen abhängig sind. Indes ist die Politik weiter gefordert. Denn gerade durch die Tatsache, dass das Wallis kein Universitätskanton ist, sind die finanziellen Hürden für Walliser Studierende oftmals ungleich höher. Es gilt darum weiterhin, jegliche Sparversuche abzuschmettern und auch ein erneuter Beitrittsversuch ins Stipendienkonkordat wäre nach sechs Jahren durchaus wieder einmal einen Versuch wert. Hierbei wären auch die Walliser Studierendenverbände gefragt, wenn man dann einmal etwas von ihnen hören würde. ■

Wasserkraft

Staatsrat Cina (CVPO): Geschenke für die Stromkonzerne, welche die Wasserzinsen nicht mehr zahlen wollen.

Ständerat Rieder (CVPO): Für den Atomausstieg – aber lieber erst in dreissig, vierzig Jahren.

Nationalrat Schmidt (CSPO): Der Atomausstiegs-Motionär von 2011 taktiert nun für ein langsames Adagio.

Nationalrat Ruppen (SVPO): Will die Atomkraftwerke erst abschalten, wenn sie nicht mehr sicher sind.

Gemeinderatskandidat Perrig (CVP Brig): Der Lobbyist schrieb sich für die Atomlobby die Finger wund.

Wasserkraft-Strategie, Atomausstieg, Wasserzinsen:

Walliser Politiker machen mutwillig alle Chancen kaputt

Wallis | Eine falsche Wasserkraft-Strategie, die wieder den Stromkonzernen riesige Geschenke macht. Weit und breit kein Konzept der konfusen Gebirgskantone gegen den dreisten Angriff auf die Wasserzinsen. Und jetzt sind unsere bürgerlichen Politiker drauf und dran, auch noch bei der Atomausstiegs-Initiative der Grünen ein kapitales Eigentor zu schiessen. Wie lange noch macht das Wallis mutwillig seine energiepolitischen Chancen zunichte?

Beat Jost

Die Schweizer Energiekonzerne Alpiq, Axpo, BKW und Co. gehören den Städten und Kantonen des Mittellandes. Sie haben in den letzten zehn Jahren 21 Milliarden Franken Gewinne gemacht. Die Hälfte des Geldes haben die Manager vorab im Ausland verjubelt. Die andere Hälfte des Geldes haben die Eigentümer in ihre Taschen gesteckt. Jetzt versinken die sogenannten strategischen Partner des Wallis bis zum Hals in ihren selbstverschuldeten Schwierigkeiten.

Inkompetente Gebirgskantone

Die Wasserzinsen sind nichts anderes als die tiefen Mieten für die Nutzung der Wasserkraft. Ab 2020 wollen die Mieter, die sich in den letzten zehn Jahren schamlos auf Kosten des Berggebietes bereichert haben, ihre Mieten nicht mehr bezahlen.

Ist das ein Problem für die Kantone Wallis, Graubünden und Tessin? Nein, denn die Wasserzinse sind so oder so geschuldet. Die Eigentümer und die Banken müssen einfach vorübergehend Abschreiber in Kauf nehmen. Und sich im heutigen Nullzins-Umfeld günstiger refinanzieren.

Und wenn nicht? Dann werden die Anlagen versteigert. Den Zuschlag bekommt neu nur, wer die Wasserzinsen bezahlen kann. Wir sind nur in der Defensive, weil in den Gebirgskantonen inkompetente Regierungen wursteln.

Heimfall statt Geschenke

Schlimmer geht's nimmer. Doch! Und wie: Die Mehrheit des Walliser Grossrats will ausgerechnet jenen Mietern, welche ihre Mieten, ihre Wasserzinsen nicht mehr bezahlen wollen, beim Heimfall 40 Prozent der Anlagen verkaufen.

Richtig wäre genau das Gegenteil: Das Wallis muss alle Anlagen heimfallen lassen. Dann stellt sich das Problem der Wasserzinsen gar nicht mehr. Denn die Differenz zwischen den bereits heute tiefen Produktionskosten und den Marktpreisen steht dem Kanton Wallis und seinen Gemeinden zu. Und die öffentliche Hand zahlt erst noch keine Steuern nach Bern.

Warum begreifen unsere ParlamentarierInnen das nicht? Neun brisante Fragen – und unsere Antworten darauf

Warum haben wir zu viel Strom in Europa?

Während Jahren warnten fast alle vor einer Stromlücke. Diese gibt es nicht. Im Gegenteil. In Europa haben wir zu viele Kraftwerke. Das Überangebot führt zu viel zu tiefen Preisen pro Kilowattstunde. Das gefährdet selbst die Existenz von Unternehmen wie Alpiq und Axpo.

Was kann man dagegen tun?

Damit sich die Preise erholen gibt es nur zwei wirksame Massnahmen. Erstens muss man die Atomkraftwerke so schnell wie möglich vom Netz nehmen. Und zweitens muss der schmutzige Kohlestrom mit einer CO_2-Abgabe belastet werden. Und drittens würde etwas Wirtschaftswachstum nicht schaden.

Wird nicht der Solar- und Windstrom zu stark gefördert?

Deutschland hat – und dies ist ein grosser Verdienst – den Wind- und Solarstrom praktisch im Alleingang konkurrenzfähig gemacht. Die Schweiz hat einfach geschlafen. Deshalb produzieren wir heute zehn Mal weniger Solar- und Windstrom als die Deutschen. Der Strom in Deutschland ist – ausgenommen für die Industrie – teurer als in der Schweiz. Neu stellt Deutschland auf Ausschreibungsverfahren um.

Wo werden sich die Preise einpendeln?

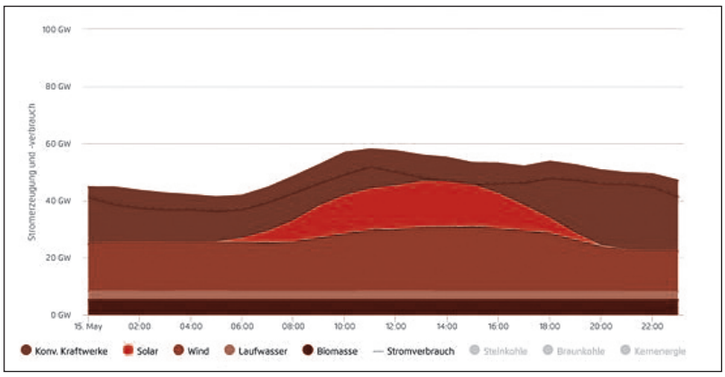
Sobald die Überkapazitäten abgebaut sind und der Kohlestrom dank der CO_2-Abgabe seine Kosten trägt, wird der Preis der Kilowattstunde vom Preis bestimmt, den der Zubau von Solar- und Windenergie kosten wird. Dies unter Berücksichtigung der Qualität,

Die OberwalliserInnen sind ein Volk von EigentümerInnen: Kein Wohnungseigentümer beteiligt einen Mieter, der nicht mehr bezahlen will oder kann, als Miteigentümer an seiner Wohnung. So doof sind nur die bürgerlichen Grossrätinnen und Grossräte.

Die Alpensozis müssen erwachen

Nicht genug des Ärgers: Die Wasserkraft ist mehr wert, wenn wir so schnell wie möglich die Atomkraftwerke abstellen. Leider haben das unsere Berner ParlamentarierInnen noch nicht begriffen. Jede Stimme gegen den Atomausstieg ist eine Stimme gegen die Wasserkraft, gegen das Wallis.

SP, Grüne und Umweltorganisationen in den Alpenkantonen müssen erwachen. Statt wie im Wallis blamable Eiertänze in Sachen Staatsratskandidatur vorzuführen. ■



Atomausstiegs-Initiative der Grünen

Voraussichtlich am 27. November 2016 kommt die Atomausstiegs-Initiative der Grünen zur Abstimmung. Sie verlangt konkret:

Die bestehenden Kernkraftwerke sind wie folgt endgültig ausser Betrieb zu nehmen:

a) Beznau 1: ein Jahr nach Annahme von Artikel 90 durch Volk und Stände;

b) Mühleberg, Beznau 2, Gösgen und Leibstadt: fünfundvierzig Jahre nach deren Inbetriebnahme.

Die Beschränkung auf eine maximale Laufzeit von 45 Jahren würde zu folgenden Abschaltterminen: Beznau I als Sonderfall ein Jahr nach Annahme der Initiative, Beznau II und Mühleberg 2017, Gösgen 2024 und Leibstadt 2029.

Bundesrätin Doris Leuthard möchte die AKW solange betreiben, wie sie sicher sind. Diese Strategie basierte jedoch ebenfalls auf konkreten Terminen: Beznau I 2019, Beznau II und Mühleberg 2022, Gösgen 2029 und Leibstadt im Jahr 2034.

Inzwischen schufen die Stromkonzerne jedoch schon wieder andere Fakten. Die BWK schaltet Mühleberg 2019 ab. Die Axpo hingegen will das AKW Beznau bis 2030 betreiben. Leibstadt und Gösgen sollen sogar bis 2040 und 2050 betrieben werden. ■

Österreichs Stromboss Anzengruber schafft den Kohle- und Atomausstieg:

«Wer soll sonst gewinnen, wenn nicht ein grüner Stromerzeuger?»

Wallis/Bern | Die Energiewende weg von Atom- und Kohlestrom hin zu erneuerbaren Energien stärkt die Wasserkraft. Statt diese Politik in Bern voranzutreiben, spielen die die sieben Walliser Bürgerlichen im National- und Ständerat das Spiel der Atomlobby und bekämpfen benebelterweise unisono die Atomausstiegs-Initiative der Grünen. Dabei beweisen Deutschland und Österreich: Der grüne Strom ist möglich – und wäre gut fürs Wallis.

An Pfingsten 2016 produzierte Deutschland zeitweise fast allen Strom, den es verbrauchte, mit Wind, Sonne und Wasser. In genau dieser Reihenfolge. Die obentehende Grafik veranschaulicht

Zurzeit sackt der Preis pro Kilowattstunde auf 2,2 Rappen ab. Wird das so bleiben, hätte das Wallis ein grosses Problem.

Die Preise werden sich nur erholen, wenn flächendeckend Atom- und Kohlekraftwerke vom Netz genommen werden. Dies sagt nicht irgendwer, sondern Wolfgang Anzengruber, der Vorstandschef des österreichischen Energiekonzerns «Verbund» im deutschen Handelsblatt:

Auf die Frage der Handelsblatt-Journalisten, wann es

Und wo werden die Preise liegen?

Realistisch sind absehbar Preise zwischen 3,5 und 5,5 Rappen pro Kilowattstunde. Je nach Qualität der Energie. Winterstrom ist interessanter als Sommerstrom, regulierbare Energie wertvoller als sogenannter Flatterstrom.

Warum geht es einige Unternehmen gut und anderen weniger gut?

Wer Netze und gefangene Kunden hat, der profitiert heute. Wer seinen Strom auf dem europäischen Markt verkaufen muss, leidet wie ein Schlosshund im Winter. Es ist sinnvoll, wenn die gut geschützten Verteiler Wasserkraftanteile von Alpiq kaufen.

Warum engagieren sich viele grosse Unternehmen nicht mehr gegen die Atom-Initiative der Grünen?

Das Abschalten der Atomkraftwerke liegt in ihrem Interesse. Die Preise für den Strom aus Wasserkraft würden steigen. Und der Bund müsste sie absehbar für die aufgrund der bisherigen Annahmen vorzeitige Abstellung entschädigen. So wie er es in den 1980er-Jahren für die AKW-Planungsruine Kaiseraugst gemacht hat. Unschön aber notwendig.

Was geschieht mit den Angestellten der bisherigen Atomkraftwerke?

Viele von ihnen werden in den nächsten Jahrzehnten mit dem technisch sehr aufwendigen Rückbau der Atomkraftwerke beschäftigt sein. Ob die vorhandenen Reserven ausreichen, ist fraglich. Vermutlich wird hier der Bund noch einmal zur Kasse kommen. Das ist sinnvoll, weil die Risiken des Weiterbetriebes einfach zu hoch sind.

Umgekehrt kann und muss die Schweiz mehr tun auf dem Gebiet der Solar- und der Windenergie. Wenn Wohnungen künftig mit Wärmepumpen geheizt werden, wenn Autos, Busse und Lastwagen mit Strom fahren, kommt es zu einer zweiten Elektrifizierung, die Arbeitsplätze schafft. Vielleicht nicht ganz so viele wie der Bündner Gallus Cadonau, Projektleiter bei der Solar-Agentur Schweiz (www.solagentur.ch) verspricht, sicher aber mehr als wir denken.

Warum haben unsere ParlamentarierInnen das nicht begriffen?

Das Oberwallis ist ein langweiliger politischer Pumpensumpf mit noch langweiligeren Medien. Es werden keine Debatten mehr geführt. ■

Wasserkraft

mit seiner Vision eines Energiererzeugers mit hundert Prozent grünem Strom so weit sei, antwortete Anzengruber wörtlich: «Nach unserer Planung haben wir dieses Ziel 2020 erreicht.» Und er sieht seinen Konzern als grossen Gewinner der Energiewende: «Wer soll sonst gewinnen, wenn nicht ein grüner Stromerzeuger?».

Söldner der Atomlobby

Von den Erkenntnissen eines Anzengrubers sind unsere ParlamentarierInnen leider noch Lichtjahre entfernt. Sie müssten sich für die sofortige Stilllegung der Atomkraftwerke einsetzen. So wie dies der neue Verwaltungsratspräsident von Alpiq eigentlich machen möchte. Und national und international mit massiv höheren CO_2-Abgaben für eine Stilllegung der Kohlekraftwerke kämpfen.

… dass Dr. Igor Perrig nicht von der Sonne, sondern von der Atomspaltung geblendet ist?

Solar-Gegner Dr. Igor Perrig: Mitarbeiter der *«swisselectric»*, welche mindestens zwei neue Atomkraftwerke bauen will.

Dr. Igor Perrig schrieb in einer Kolumne im Walliser Boten: *«Die Photovoltaik ist eine grosse (Ent)-Täuschung und zeigt, dass man sich von der Sonne nicht blenden lassen darf»*. Perrig lässt sich lieber von der Atomstrahlung blenden. Das ist auch der Grund für sein fulminates Bekenntnis gegen die Solar-Energie. Perrig ist nämlich ein bezahltes Sprachrohr der Stromwirtschaft, genauer gesagt der Atomlobby. Als Mitarbeiter der *«swisselectric»*, an der die Stromkonzerne Axpo, Alpiq und BKW beteiligt sind, und die schlussendlich wir StromzahlerInnen bezahlen, ist er zur Verbreitung des Atom-Katechismus verpflichtet. Eines der Hauptdossiers der *«swisselectric»* ist die Propagierung von *«mindestens zwei neuen Kernkraftwerken in der Schweiz»*. In einer früheren Mission übrigens diente der stramme Perrig dem VBS, was sich aufgrund seiner Dissertation geradezu aufdrängte: *«Geistige Landesverteidigung im kalten Krieg»*.

Doch das Oberwallis wird in Bern von vier energiepolitischen Analphabeten vertreten. Beraten und beflüstert von Lobbyisten wie Dr. Igor Perrig, der neuerdings für die CVP für den Briger Gemeinderat kandidiert. Perrig hat im Walliser Bote immer wieder gegen die Solar-Energie angeschrieben. Und für die Atomenergie. Logisch, denn er verdiente seine Brötchen von 2008 bis 2015 als sogenannter «Public Affairs Manager» bei Swisselectric, der Lobby-Organisation der Stromkonzerne Alpiq, Axpo und BKW, wie die Rote Anneliese bereits 2010 kritisch berichtete (siehe Auszug).
Die RA über der Atomlobbyist Igor Perrig (RA Nr. 214/ September 2010).

Photovoltaik holt auf

Der Wind- und Solarenergie gehört die Zukunft. Zurzeit hat die Windenergie – wie das Projekt Fosen in Norwegen zeigt – kostenseitig die Nase vorn. Das kann sich ändern. Denn im Bereich der Photovoltaik ist ein brutaler Wettbewerb im Gang.

Das amerikanische Unternehmen First Solar setzt – im Gegensatz zu den Chinesen – auf Dünnschichttechnologie.
Es hat im ersten Quartal dieses Jahres mehr als 150 Millionen Dollar Gewinn gemacht. Und die ganze Produktion für das Jahr 2016 ist bereits verkauft.
Bis in das Jahr 2019 will Firstsolar die Kosten pro Watt-Peak von 40 auf 25 Cents senken.
Die Preise von Sonnenenergie und Windkraft bestimmen – unter Berücksichtigung der Qualität der Energie – längerfristig den Preis und den Wert der Wasserkraft. ■

Links zum Thema

Links zu aktuellen, interessanten Artikeln zu den Themen Wasserkraft, Stromkonzerne und Energiepolitik auf dem Online-Portal Infosperber:
www.infosperber.ch/

Wo sind Wasserkraft-Milliarden geblieben/Kurt Marti:
www.infosperber.ch/Artikel/Umwelt/Stromkrise-Axpo-Alpiq-Repower

Dreiste Politik der Stromlobby/Hanspeter Guggenbühl:
www.infosperber.ch/Artikel/Wirtschaft/Dreiste-Politik-der-Stromlobby

Repower-Debakel, Ex-CEO Karl Heiz vernebelt/Kurt Marti:
www.infosperber.ch/Artikel/Umwelt/Wasserkraft-Krise

Die diversen Hüte des FDP-Ständerats Martin Schmid/Kurt Marti:
www.infosperber.ch/Artikel/Umwelt/Die-Filz-Hute-von-FDP-Standerat-Martin-Schmid

Weiterer Link:
«Mit Plusenergiebauten das fossil-nukleare Zeitalter hinter uns lassen»/Interview mit Gallus Cadonau im Magazin Erneuerbare Energie/August 2015
http://bit.ly/29FtVJz

Dicke Eier

Zwei Pausenclowns fürs Fernsehen

Das Goms würde eine attraktive Touristenbahn auf das Eggishorn brauchen. Etwas in der Gewichtsklasse der neuen italienischen Skyway Monte Bianco von Courmayeur auf den Punkt Helbronner. Weil nur Bahnen rentieren, die auch für Nichtskifahrer attraktiv sind. Wie das Beispiel der mehr als 100 Jahre alten Bahn auf den Gornergrat beweist.

Oskar Freysinger war während drei Jahren Staatsrat und Nationalrat zugleich. Weil seine guten Beziehungen so wichtig seien. Fiesch bekommt kein Sportzentrum. Obwohl es wegen des Feriendorfes die besten Voraussetzungen hatte. Weil sich der zuständige Staatsrat nicht zwischen Montana und Fiesch entscheiden konnte und wollte. Wer mit zwei Dossiers antritt, hat die Zwei auf dem Rücken. Und in Sachen Raumplanungsrecht versagte Freysinger gemeinsam mit allen Walliser National-, Stände- und Staatsräten kläglich.

Kardinal Matthäus Schiner war eine europäische Figur. Und gleichzeitig ein brutaler Kriegstreiber. 500 Jahre nach Marignano hätte sich das Wallis mit ihm und seinem Gegenspieler Supersaxo auseinandersetzen können und müssen. Auch weil ihm Oberwallis in der Folge während fast 100 Jahren die fortschrittlichen Protestanten von Sitten, Leuk und Brig mit den reaktionäre Katholiken friedlich koexistierten.

Nix da. Volken liess sich vom ehemaligen PdA-Mann Roli Huber in Rom beim Graben nach den Knochen von Matthäus Schiner filmen. Ziel der makabren Übung der anderen Art: Die Bones des Vaters vieler Kinder zurück in die heimatliche Erde zu bringen. Seit dem Film herrscht Funkstille.

Nicht das Wallis, nur das Oberwallis schottet sich ab. Wird immer reaktionärer und fremdenfeindlicher. So wie andere deutschsprachige Berggebiete auch. Der Jungfilmer Alain Kalbermatten hat versucht, sich ironisch mit der Abschottung des Wallis auseinanderzusetzen. Im Pfynwald hat Oskar Freysinger einen Zürcher am Spiess gegrillt und verspiesen. Um kurz danach in Moskau Stalin und Putin hochleben zu lassen. Der Pausenclown Nr. 1 hat sich im Blick über den Pausenclown Nr. 2 aufgeregt. Aufregung für Nix und Nixer. ■

Opfer Parmelin

Sämi Schmid hinterliess Ueli Maurer – wenn wir ihm glauben wollen – im VBS einen Sauladen. Denn noch grösseren Sauladen hat nach acht Jahren Guy Parlmelin von Ueli Maurer übernommen. Die Romands reagieren gegenüber der Deutschschweiz wie zu viele Oberwalliser gegenüber dem welschen Wallis. ■

Dicke Eier

Occasion-Spital:

Das Falsche falsch gepolt

Die öffentliche Hand kann heute langfristige Anleihen zu durchschnittlich null Zinsen aufnehmen. Dies belegt ein Ausschnitt aus der NZZ vom 12. Mai 2016.
Was bedeutet dies für ein Spital im Oberwallis? Man muss Investitionen nicht mehr verzinsen, sondern nur mehr amortisieren. Es lohnt sich für alle, in ein Oberwalliser Spital der nächsten Generation zu investieren.
Inzwischen ist allen klar, dass ein Occasion-Spital viel teurer kommt, als die 100 Millionen Franken. Deshalb soll jetzt plötzlich die Pensionskasse des Staatspersonals die Parkplätze finanzieren. Dabei wird es in Zukunft – wegen den autonom gesteuerten Autos – gar keine neuen Parkplätze mehr brauchen. Man steigt vor dem Spital aus und das Auto sucht sich entweder selbständig seinen Parkplatz oder es nimmt den nächsten Kunden mit.
Es sieht ganz so aus, dass unsere Spitalpolitiker schon mindestens zwei Mal den falschen Finger verbinden. ■

Die Eidgenossenschaft kam bereits vor zwei Jahren mit einer 50-jährigen Anleihe an den Markt – damals noch zu attraktiven 2%. Diese Woche emittierte **sie eine Obligation mit Laufzeit bis 2058.** Die Schuldenmanager des Bundes hatten die Anleihe mit einem Coupon von 0,5% angeboten. **Bei der Auktion wurde ein Preis von 110% erzielt, die Rendite liegt bei 0,25%.** Angesichts der langen Laufzeit erscheint die Rendite sehr niedrig. Offenbar sind Anleger inzwischen schon damit zufrieden, wenn Franken-Anleihen überhaupt ein positives Vorzeichen tragen. «Eidgenossen» mit Laufzeiten bis 15 Jahre weisen negative Renditen auf.

Wallis: Land der Sonne

Der Wind- und Solarenergie gehört die Zukunft. Zurzeit hat die Windenergie – wie das Projekt Fosen in Norwegen zeigt – kostenseitig die Nase vorn. Das kann sich ändern. Denn im Bereich der Photovoltaik ist ein brutaler Wettbewerb im Gang. Das amerikanische Unternehmen First Solar setzt – im Gegensatz zu den Chinesen – auf Dünnschichttechnologie. Es hat im ersten Quartal dieses Jahres mehr als 150 Millionen Dollar Gewinn gemacht. Und die ganze Produktion für das Jahr 2016 ist bereits verkauft. Bis in das Jahr 2019 will Firstsolar die Kosten pro Watt-Peak von 40 auf 25 Cents senken. Ob das im Wallis, dem Land der Sonne und einem Riesenpotenzial brachliegender Solarenergie, überhaupt jemand interessiert? Wir haben nicht den Eindruck, dass dem so ist. ■

Demokratiedefizit bei RRO

In einem anfangs Juli veröffentlichtem Online-Artikel schlägt das RRO tatsächlich vor, die im Frühling 2016 anstehenden Staatsratswahlen in stiller Wahl durchzuführen. Begründet wird dies mit der schwierigen finanziellen Situation, in welcher der Kanton bekanntlich steckt. Auf einen Urnengang zu verzichten und stille Wahlen abzuhalten, würde gemäss RRO die Kantonsfinanzen schonen. Anscheinend haben die Damen und Herren beim Lokalradio vergessen, dass noch nicht einmal klar ist, ob tatsächlich nur fünf Personen für den Staatsrat kandidieren, so hat beispielweise die FDP noch nicht bekannt gegeben, mit wem oder ob sie überhaupt antritt. Allgemein spricht die Forderung nach einer stillen Wahl nicht gerade von einem hohen Demokratieverständnis, sind stille Wahlen doch ein Übel, welches bereits heute schon allzu häufig bei Gemeinderatswahlen passiert. Da wünscht man sich doch dringend Nachhilfe in Sachen Demokratie für die Leute des Lokalradios. ■

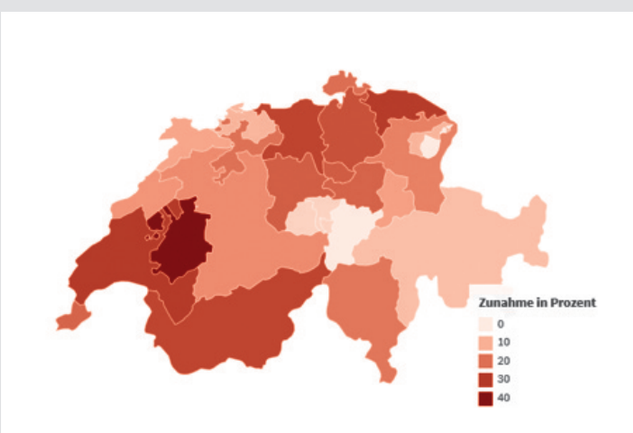
Walliser FH:

Zu schlecht für die Lonza?

Das Wallis investiert viel Geld in seine Hochschule. Viel Geld in die Ausbildung von Ingenieuren und Ökonomen. Nicht alle sind begeistert. Für einige schiebt die ETH Lausanne die weniger fähigen Professoren nach Sitten ab.
Nach offizieller Leseart sollen diese Investitionen zu mehr qualifizierten Arbeitsplätzen im Wallis führen. An sich kein schlechter Ansatz.

Checken wir die Fakten: Die Lonza hat in den letzten zwei Jahren ihre IT-Abteilung von Visp nach Tschechien verlegt. Und die Buchhaltung von Visp nach London.
Niemand war beunruhigt, niemand hat dagegen protestiert. Keine Partei, keine Gewerkschaft und auch kein Staatsrat. Und schon gar nicht unsere Hochschulen, die sich bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit selber rühmen.

Die Rote Anneliese stellt die Frage: Was ist los? Reicht die Qualität der Ausbildung nicht? An den Löhnen allein kann es nicht liegen. Denn wenig ist in einem Betrieb wichtiger als der direkte Kontakt zwischen kompetenten Forschern und Schichtarbeitern mit der IT-Abteilung und der Buchhaltung. Unsere Medien gehen dieser Frage nicht einmal nach. Stattdessen dürfen wir jede Woche neue Wolf-Storys lesen. ■



Sterbendes Oberwallis

Die Schweiz ist wirtschaftlich attraktiv. Das führt zu Zuwanderung. Schlimmer wäre es, wenn die Schweiz unter Abwanderung leiden würde. Das Bundesamt für Statistik hat berechnet, wie stark die Bevölkerung in den einzelnen Kantonen bis 2045 zunehmen wird. Im Wallis ist offenbar viel Dynamik auszumachen. Das Problem: Das Unterwallis wird vergleichbar schnell wachsen wie der Dynamo-Kanton Freiburg. Während das Oberwallis wie der Kanton Uri faktisch stagniert. Das Oberwallis verliert wirtschaftlich, gesellschaftlich und politisch an Attraktivität. Die Alten sind müde und die Jungen sind weg. Ausdruck dieses Niedergangs: Die Gelben und Schwarzen lancieren eine kantonale Volksinitiative gegen den Wolf. Obwohl diese Frage national geregelt wird. Obwohl wir neu mit vier ParlamentariernInnen krass übervertreten sind. ■

Walliser Geschichte(n)

Seilers Seilschaften Teil 2:

Der Briger Bahnhof als Planungsdebakel

Brig | Die Planung und der Bau der Furkabahn waren weiter vorangeschritten. Doch weiterhin stellte sich den Verantwortlichen das Problem des Briger Bahnhofs. Bei der Planung verdiente sich der damalige Stadtrat keine Lorbeeren.

Frank Garbely

Nach ersten Plänen sollte die Furkabahn den SBB-Bahnhof benutzen, ebenso die BLS, die damals noch Berner Alpenbahn-Gesellschaft hiess. Vorgesehen war, den SBB-Bahnhof von zwei auf vier Quais zu erweitern. Auf der Seite Brig Quai I und Quai II für die SBB, dann Quai III für die BLS und schliesslich, am Rhoneufer, Quai IV für die Furkabahn.

Die Züge der Furkabahn, so die frühen Projektskizzen, verliessen den SBB-Bahnhof auf der Höhe Kelchbach, überquerten dort den Rotten auf einer Eisenbrücke und bogen sofort rechts ab Richtung Massabrücke und Mörel. Unmittelbar nach der Rechtskurve sollte der Bahnhof Naters entstehen.

Die Ankunft von BLS und Furkabahn machten eine Erweiterung des SBB-Bahnhofes nötig. Ein erster Kostenvoranschlag sprach von 1,4 Millionen Franken. Davon sollte die BLS rund 950'000 Franken übernehmen. Schliesslich stiegen die Gesamtkosten auf über zwei Millionen. Grund: Experten empfahlen eine weitere Korrekur des Rottens. Sie schlugen vor, das Rottenbett auf einer Länge von 1,6 Kilometern Richtung Naters zu schieben. Anfänglich zögerte der SBB-Verwaltungsrat, aber Ende 1911 segnete er den Kredit ab.

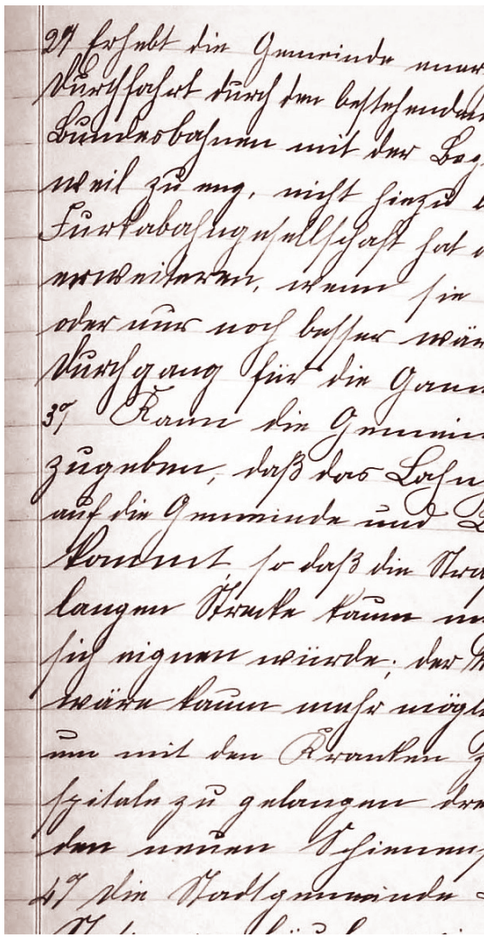
Doch inzwischen hatten die Furkabahn-Bauer völlig überraschend beschlossen, eigene Bahnhofanlagen zu erstellen. Jedoch nicht mehr auf der Ebene der SBB-Geleise, sondern unten neben dem Bahnhofplatz, genauer: auf zwei grossen Grundstücken rechts und links der Furkastrasse, damals auch alte Bahnhofstrasse genannt.

Das eine Grundstück lag zwischen Saltinadamm und Furkastrasse, unmittelbar neben dem damaligen Kreisspital. Hier sollten die Werkstätten, Wagen- und Lokomotiv-Remisen entstehen. Das zweite Grundstück: Auf der anderen Seite der Furkastrasse, eingekeilt zwischen den SBB-Geleisen und der heutigen Viktoriastrasse. Hier war der eigentliche Bahnhof geplant: Ein- und Aussteige-Geleise, Bahnhofgebäude mit Billetschalter, Wartesaal und Fracht-Depots.

Am 23. Januar 1911 wurden die Pläne des neuen Furkabahnhofes den Briger Behörden unterbreitet. Sofort erkannte Gemeindepräsident Bernhard Tschieder die gravierenden Mängel, verzichtete aber auf eine schnelle Beurteilung. Offensichtlich wollte er sich absichern und schlug darum dem Gemeinderat vor, einen Ober-Ingenieur als Experten beizuziehen. Nur eine Woche später setzte er zusätzlich eine Sonderkommission ein, bestehend aus dem Gesamt-Gemeinderat sowie sieben Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft.

Kommission und Experte waren sich schnell einig: Die Gemeinde Brig sollte gegen die Pläne des neuen Furkabahnhofes «energisch Einsprache erheben» und zahlreiche Abänderungen verlangen[1]. Die Mängelliste war lang. Hier nur drei Beispiele:

- Werkstätte und Lokomotiv-Remise sollten nur wenige Meter neben dem Spital gebaut werden. Für Kommission und Experte nicht annehmbar. Denn: Lärm und Rauch (Dampflokomotiven) wären unzumutbar für die Kranken und würden den Spitalbetrieb schwer beeinträchtigen.
- Die Linienführung nach Naters war geradezu eine Provokation. Die Bahngeleise benutzten die Unterführung der Furkastrasse und kamen direkt auf die Gemeindestrasse zu liegen. «Um mit den Kranken zum neuen Kreisspital zu gelangen, müsste man drei verschiedene Male den Schienenstrang überqueren», kritisierte die Kommission.
- Kommission und Gemeinderat lehnten auch die vorgesehene Lage des Bahnhofsgebäudes ab, weil dieses ohne korrekte Zufahrt war.



Auszug aus dem Briger Stadtarchiv:
Die Mängel von Plan I waren eklatant.

Die Furkabahngesellschaft reagierte gereizt auf diese Einwände. In einer ersten Antwort lehnte sie sogar Gespräche mit der Gemeinde ab und drohte: «Die Änderungsanträge erheischen zu hohe Mehrausgaben, wir werden daher auf einen Bahnhof in Brig verzichten und diesen auf Boden der Gemeinde Naters erstellen».

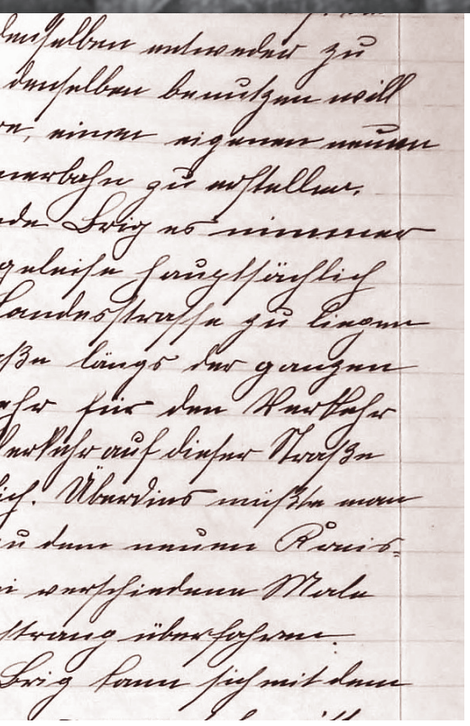
> «Ein Krüppel-Plan. Der Anfang des Briger Verkehrschaos.»

Gemeindepräsident Bernhard Tschieder liess sich nicht ins Bockshorn jagen. Er wusste: «Es war dies nur ein Schreckmittel». Und tatsächlich, bereits in der nächsten Sitzung konnte er den Gemeinderäten mitteilen, die Furkabahngesellschaft wäre nun doch bereit, auf die Vorschläge der Gemeinde einzugehen: «Es soll ein neues Bahnprojekt ausgearbeitet werden».

Das war am 9. Februar 1911. Es sollte aber noch mehr als zwei Jahre dauern, bis sich die beiden Parteien einigten. Endlose Verhandlungen, die immer wieder ins Stocken gerieten.

Um die Diskussion wiederzubeleben, versuchte es Präsident Bernhard Tschieder mit politischem Druck. Für den 25. August 1912, ein Sonntag, berief er eine Urversammlung ein und liess sie über folgenden Gemeideratsbeschluss abstimmen: «Die projektierte Bahnhofanlage ist für die Gemeinde

Gemeinderat und Sozialist Karl Dellberg: Er wehrte sich erfolglos gegen den Briger Bahnhofsbau. (Bildquelle: Stadtarchiv Sitten)



«Irgendwann gingen die Verhandlungen weiter. Das Unglück nahm seinen Lauf.»

unannehmbar, denn sie schädigt die Interessen von der Gemeinde und deren Einwohner».

Die Bürger stimmten zwar deutlich zu, doch politischer Druck sieht anders aus. Unglaublich, aber wahr. Die verkorksten Pläne für den Furkabahnhof waren für die Briger kein Thema. Die Urversammlung war auf 14.00 Uhr angesetzt. Eine Stunde später, um 15.00 Uhr, befanden sich – das Büro eingerechnet – sage und schreibe neun Mann im Gemeindesaal. Bis zur Abstimmung stieg die Zahl der Teilnehmer auf gerade mal auf 22[2].

Die Experten von Gemeinde und Furkabahn erlangten die Ansicht: Die Furkabahn braucht kein eigenes Bahnhofgebäude, Billet-Schalter und der Wartesaal können problemlos ins Hauptgebäude der SBB verlegt werden. Und auf einmal stand der Vorschlag zur Diskussion: «Die ganze Furkabahnanlage soll dem SBB-Bahnhof näher gerückt werden, um so den Verkehr zwischen beiden Bahnhöfen zu erleichtern».

Diese Vorschläge machten die ohnehin vertrackten Diskussionen noch komplizierter. Jetzt musste auch noch mit der SBB verhandelt werden, das wiederum rief das eidgenössische Eisenbahndepartement auf den Plan.

24. Januar 1913. Präsident Bernhard Tschieder konnte in der Gemeinderatssitzung verkünden, dass Plan II der Furkabahn endlich vorlag.

Und so sah Plan II aus. Er erfüllte zwar mehrere wichtige Forderungen der Gemeinde Brig: Die Werkstätte und Lokomotiv-Remise beim Spital wurden verlegt, ebenso die Geleise nach Naters, sie benutzten nicht mehr die Furkastrasse, sondern bekamen ein eigenes Trassee; und die Furkabahn verzichtete sogar – wie von der Gemeinde gewünscht – auf ein eigenes Bahnhofsgebäude.

Doch dann kam das dicke Ende

Der eigentliche Bahnhof, die Ein- und Aussteigegeleise wurden neu direkt vor das SBB-Hauptgebäude, mitten auf den Bahnhofplatz, hingestellt. Damit nicht genug. Die Geleise der Furkabahn hörten beim Bahnhof nicht etwa auf, nein, sie überquerten vollständig den Bahnhofplatz und erstreckten sich bis zum Zollgebäude oben auf der Ebene SBB-Geleise. Denn hier oben, so wollten es die pfiffigen Planer, befanden sich jetzt das Fracht-Depot und der Güterverlad.

Trotzdem hatte angeblich keiner der Gemeinderäte an Plan II etwas auszusetzen. «Die Anlage an und für sich gibt zu keiner weiteren Diskussion Anlass», notierte der Gemeindeschreiber im Sitzungsprotokoll.

Zwei Wochen später, am 7. Februar 1913, genehmigte der Rat in zweiter Besprechung Plan II. Nur eine grössere Meinungsverschiedenheit gab es noch auszuräumen: Die Gemeinde Brig wünschte den Bau der heutigen Viktoriastrasse, eine Verbindung zwischen Bahnhofplatz und Furkastrasse. Dafür waren aufwändige Arbeiten nötig. Zu jener Zeit nämlich führte an dieser Stelle der Mühlebach durch, ein offener Abwasserkanal, der entsetzlich stank. Mit dem Bau der Viktoriastrasse sollte die Kloake Mühlebach endlich verschwinden. Bis zum Frühjahr 1913 war auch dieses Problem geregelt. Die Furkabahn bekam definitiv grünes Licht für Plan II.

Der Mist war geführt

Plan I war ein einziger Pfusch gewesen, aber Plan II fiel keinen Deut besser aus, im Gegenteil, er entpuppte sich als verkehrstechnische Katastrophe. Damit war das Chaos auf dem Bahnhof Brig vorprogrammiert. Fast ein Drei-Viertel-Jahrhundert werden die Briger darunter leiden. Eine ständig wachsende Blechlawine, die sich über den Bahnhofplatz wälzt, immer wieder aufgehalten und abgeblockt durch Rangierkompositionen der Furkabahn. Mitten drin, zwischen stinkenden Autos und furzenden Mopeds, wie Treibgut die Fussgänger: Reisende nach Zermatt, FO-Fahrgäste und SBB-Benutzer…

Als 1913 der Briger Gemeinderat dem Bau des Furkabahn-Bahnhofes zustimmte, warf das keine hohen Wellen. Kein Wort darüber in der Lokalpresse, nicht einmal ein gutes, weder im geschwätzigen Briger Anzeiger, noch im pfäffischen Walliser Bote.

Nur einer begehrte auf: der Briger Postbeamte und Vollblutpolitiker Karl Dellberg, damals Präsident des Grütlivereins und umtriebiger Initiant zahlreicher roter Vereine, Gewerkschafts- und Parteisektionen. Soeben hatte er zusammen mit der Eisenbahnergewerkschaft eine Baugenossenschaft auf die Beine gestellt. Im Dezember 1912 war er neben Albert Kämpfen als zweiter Sozialist in den Gemeinderat gewählt worden. Der Furkabahn-Bahnhof war seine erste Niederlage als Gemeinderat. «Eigennutz ging vor Gemeinnutz!», notierte er nach verlorener Schlacht am Seitenrand seiner Handakte «Bahnhofanlage Furkabahn»: «Höchstgestellte Boden- und Hausbesitzer verkauften ihr Eigentum zu Höchstpreisen. Die Bevölkerung von Brig und Naters tragen die Last heute noch und für viele Jahre![3]»

Selbst im hohen Alter lag ihm der Furkabahn-Entscheid immer noch auf dem Magen. «Ein Paradebeispiel bürgerlicher Geldsack-Politik», polterte er, als er in einem seiner zahlreichen Vorträge wieder einmal die Entstehungsgeschichte des Briger Verkehrschaos schilderte. ■

1) Archive der Stadtgemeinde Brig (Protokolle Gemeinderatssitzungen, Urversammlung).

2) Die Gerechtigkeit, Ausgabe vom 7. September 1912.

3) Schriftlicher Nachlass von Karl Dellberg, Staatsarchiv Sitten.

Schweiz hält baskische Aktivistin gefangen:

Freiheit für Nekane Txapartegi

Baskenland | Unsereins denkt dabei wohl an «TerroristInnen» der ETA und damit verbundene eventuell verhinderte Ferienausflüge nach Spanien. Die medialen Highlights dazu liegen bei uns und allgemein schon länger zurück. Die linke baskische Unabhängigkeitsbewegung verfolgt seit einigen Jahren ausschliesslich friedliche Ansätze um ihre Ziele zu erreichen. Dies jedoch fernab der grossen Öffentlichkeit und nach wie vor unter massiver Repression des spanischen Staates. Eine baskische Aktivistin wurde im April in Zürich verhaftet und sitzt seither in Ausschaffungshaft.

Michael Näpfli

Die baskische Unabhängigkeitsbewegung wird und wurde innerhalb der Allgemeinheit auf die bewaffnete Gruppe ETA (Euzkadi ta Azkatazuna, Baskenland und Freiheit) reduziert. Die Vielfältigkeit der linken Bewegung wurde dabei bewusst und unbewusst ausgeklammert. Seit November 2011 schweigen die Waffen – zumindest auf einer Seite. Die ETA hat damals einen bedingungslosen Waffenstillstand erklärt. Seither gab es keine bewaffneten Aktionen und Auseinandersetzungen der ETA mehr. Die Entwaffnung und Demilitarisierung, wird seitens der ETA, mittels internationaler Beobachter vorangetrieben. Dem spanischen Staat ist dies jedoch zu wenig. Er fordert die bedingungslose Kapitulation und Auflösung von Seiten der ETA. Vorher wird es von Seiten des Staates keine Zugeständnisse geben. Dies hat die spanische Regierung mehrmals betont. Internationale FriedendsvermittlerInnen kritisieren die Haltung des spanischen Staates, was bisher jedoch von der breiten Masse ungehört blieb.

Nach wie vor sind mehr als 600 AktivistInnen aufgrund angeblicher ETA-Vergehen verteilt über das ganze Land inhaftiert. Der spanische Staat vergeht sich bei diesen Inhaftierungen sogar an seiner eigenen Verfassung. Denn Inhaftierte sollten ihre Strafe, gemäss spanischer Verfassung, möglichst nahe ihres Heimatortes verbringen. Bei den BaskInnen ist dies jedoch praktisch nie der Fall. Diese Distanzen sind politisch gewollte Dispersion. Angehörige müssen daher häufig mehr als tausend Kilometer in Kauf nehmen um die Inhaftierten zu besuchen. Auf diesen Fahrten verunfallen regelmässig Familienangehörige. Da praktisch jede baskische Familie Verwandte, Freunde oder Bekannte im Gefängnis weiss, geniesst die Gefangenenunterstützung eine breite Solidarität. Massendemos von bis zu 100‘000 DemonstrantInnen fordern regelmässig die Verlegung der Gefangenen ins Baskenland.

Staatliche Willkür gegen AktivistInnen

Da der spanische Staat die ETA nicht im direkten Kampf oder mittels schmutzigen «Anti-Terrormassnahmen» (u.a. gezielte Todesschwadrone gegen baskische AktivistInnen) besiegen konnte, griff er in den 1990er-Jahren zu neuen Massnahmen. Mittels Sondergesetzen wurde die vielfältige linke Unabhängigkeitsbewegung in all ihren Teilen kriminalisiert. Sondergerichte und Sondergesetze, die Initiative hierfür kam von Balthasar Garzón, haben das Credo geschaffen: ETA kontrolliert alles – Alles ist ETA. Gemäss diesem Credo werden alle baskischen AktivistInnen von Grund auf als TerroristInnen angesehen und oft auch verurteilt. Seien es JournalistInnen, UmweltschützerInnen, InternationalistInnen oder FeministInnen, immer wieder werden Gruppen der baskischen Linken verboten und damit illegalisiert. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte musste, aufgrund von Beschwerden und Gerichtsverfahren seitens der baskischen Bewegungen, mehrmals in Spanien intervenieren. Verbotene Zeitungen und verhaftete Journalisten usw. wurden dabei, nach Jahren in Haft bzw. Illegalität freigesprochen bzw. legalisiert.

In diesem schmutzigen Krieg griff und greift der spanische Staat nach wie vor auf das Mittel der Folter zurück. In Spanien werden ETA-Verdächtige für fünf Tage in Incommunicado-Haft gesetzt. Dies bedeutet fünf Tage keinerlei Kontakt zur Aussenwelt. Kontakte zum eigenen Anwalt und zu Familien sind erst nach dieser Zeitspanne möglich. Viele der Verhafteten aus dem Baskenland klagen nach diesen fünf Tagen Folter an. Diese Anklagen verlaufen jedoch mehrheitlich im Sande. Der spanische Staat ist nach wie vor nicht gewillt faire Verfahren zu garantieren und den Foltervorwürfen nachzugehen. Menschenrechtsorganisationen wie unter anderem Amnesty International kritisieren die Inncomunicado-Haft schon seit langem. Fernab jeglicher Kontaktmöglichkeiten werden die Verdächtigen häufig brutaler Folter ausgesetzt und gezwungen, von der Polizei vorgefasste Geständnisse zu unterschreiben oder diese auswendig zu lernen und dem Richter vorzutragen. Aufgrund dieser erpressten Geständnisse wiederum erfolgt dann die Verurteilung der Angeklagten.

Rechte Front: Philippe Brennenstuhl (5. v.r.) mit seinen Neonazis in Saxon VS.

Neonazitreffen

Mitte Mai kam es in Saxon, inmitten der Walliser Bergwelt zu einem Vernetzungstreffen von verschiedenen rechtsextremen Grupperungen aus der Westschweiz und aus Frankreich.

Martin Germann

«Fascists do it better» (auf Deutsch etwa: «Faschisten können es besser»), so das T-Shirt eines Teilnehmers des Neonazitreffens, welches Mitte Mai in Saxon stattfand. Aus ihrem Weltbild machten die TeilnehmerInnen des Vernetzungstreffens, zu welchem der Westschweizer Ableger der PNOS

2006: Nekane Txapartegi spricht auf einer Demonstration gegen Folter in Donostia.

Staatlich angeordnete Folter

Der Fall von Nekane Txapartegi ist eines der am besten belegten Beispiele dieser Art. Nekane wurde 1999 verhaftet und verbrachte fünf Tage in Inccomunicado-Haft. Nekane wurde dabei massivst gefoltert. Neben Schlägen, Scheinhinrichtung und anderen Foltermethoden wurde Nekane dabei von ihren Folterern ebenfalls vergewaltigt. Nekane zeigte diese massive Folter innerhalb der Gerichtsverhandlung an. Der Aufnahmearzt im Gefängnis dokumentierte mehrere Folterspuren, was sonst (bewusst) nicht geschieht. Sie musste ihre erlebte Folter, vor Gericht ihren anwesenden Folterern wiedergeben. Das spanische Sondergericht hat ihre Foltervorwürfe jedoch als nicht glaubwürdig abgewertet. Dabei gibt es diverse Beweise für die Folter. So etwa die Aussage von Mikel Egibar, welcher zur selben Zeit wie Nekane gefoltert wurde. Weiter existiert etwa auch ein medizinischer Bericht, welcher nach dem Transfer aus der Zelle der Guardia Civil ins Gefängnis das Vorliegen zahlreicher Verletzungen feststellt. Zudem existiert eine Zeugenaussage einer Mitgefangenen, welche den verheerenden Zustand von Nekane bestätigte. Ebenso liegt ein psychiatrischer Bericht vor, welcher eine posttraumatische Belastungsstörung bestätigt. Dennoch fehlt jegliche Erklärung der Regierung zu diesen Belegen.

Nekane wurde 2007, neben 47 anderen AktivistInnen in einem Massenprozess verurteilt. Alle 47 waren bis dahin in legalen Organisationen für ein linkes unabhängiges Baskenland aktiv. Das Verbot dieser Organisationen unter der Begründung, sie seien von der ETA gesteuert, führte zur Illegalisierung der AktivistInnen. Durch die naheliegende Befürchtung erneut gefoltert zu werden (sie war zu dieser Zeit schwanger), sah sich Nekane, wie so viele andere, gezwungen das Land zu verlassen. Nekane wurde zu elf Jahren Haft verurteilt. Seit 2007 lebt Nekane unter falschem Namen in der Schweiz. Am 6. April dieses Jahres wurde sie verhaftet, nachdem sie ihre Tochter zur Schule gebracht hatte. Seither sitzt Nekane in Untersuchungshaft. Der spanische Staat hat Nekane als ETA-Mitglied abgestempelt und sie 2012, fünf Jahre nach ihrer Flucht, als eine der meistgesuchtesten ETA-Terroristin zur Haft und Auslieferung ausgeschrieben. Zur Erinnerung: Die ETA hat 2011 ihren bewaffneten Kampf vollumfänglich eingestellt. Der spanische Oberste Gerichtshof, eigentlich nicht dafür bekannt Urteile gegen baskische AktivistInnen zu mildern, senkte 2009 bei Nekane das Urteil auf sechs Jahre und neun Monate aufgrund Unterstützung einer terroristischen Vereinigung. Andere Verurteilte wurden gänzlich Freigesprochen.

Die schweizerische Eidgenossenschaft ist gewillt den Auslieferungsantrag Spaniens auszuführen. Dies vordergründig aufgrund von Auslieferungsabkommen, welche die Schweiz mit der EU unterzeichnet hat. Der Schweiz würde es jedoch freistehen ein Folteropfer in einem sicheren Rahmen zu schützen und Nekane nicht auszuliefern und vor möglicher neuer Folter zu schützen. Vor kurzem hat der Europäische Gerichtshof für Menschrechte wegen Folter und Nichtuntersuchung der Vorwürfe den spanischen Staat zu einer Geldstrafe verurteilt. Gründe für eine Nichtauslieferung wären somit auch aktuell gegeben. Daher ist es wichtig Nekane und ihren UnterstüzerInnen in ihrem Kampf gegen die Auslieferung an Spanien beizustehen. Nekane bekämpft die drohende Auslieferung zusätzlich mit einem gestellten Asylantrag in der Schweiz. Es bleibt zu hoffen, dass dieser angenommen wird. ■

Infos

Nekane verbringt im Moment 22 bis 23 Stunden in Einzelhaft und ist über Briefe auf Deutsch froh. Briefe können an folgende Adresse geschickt werden:

Nekane Txapartegi
Gefängnis Dielsdorf
Spitalstrasse 5
Postfach 115
8157 Dielsdorf

Alle Postkarten und Briefe benötigen eine volle Absenderadresse.

Die Kampagne: Free Nekane kann über folgendes Konto finanziell Unterstützt werden: Spenden an IBAN: **CH27 0900 0000 6039 7452 5 Euskal Herriaren Lagunak Schweiz, 3001 Bern, Vermerk «Free Nekane»**

in den Walliser Bergen

eingeladen hatte, kein Geheimnis. Neben den VertreterInnen der PNS Romandie nahmen auch Personen der «Ligue Patriotique» (FR), der «Front de Défense de la France», sowie der «Unité des Nationalistes, Identitaires et Patriotes»(FR) teil.

Initiator des Treffs war wohl der bekennende Holocaustleugner und Mitgründer der PNS Romandie Philippe Brennenstuhl. Brennenstuhl ist innerhalb der Schweizer Neonaziszene ein alter Hase. Bereits im Jahr 2002 wurde eine von ihm mitbegründete Organisation wegen «Aufruf zum Rassenhass» gerichtlich aufgelöst.

Ob die Kantonspolizei Wallis Kenntnis vom Treffen hatte, will sie auf Anfrage der Roten Anneliese nicht bekanntgeben. Man gebe zu einzelnen Einsätzen aus polizeitaktischen Gründen keine Auskunft und wolle dahingehend auch nicht die Karten auf den Tisch legen. Die Kantonspolizei beobachte aber sämtliche extremistischen Strömungen auf dem Kantonsgebiet und stehe auch regelmässig mit dem Nachrichtendienst in Kontakt. Auch gebe es in den letzten Jahren keine vermehrten Beobachtungen von rechtsextremen Aktivitäten im Wallis. Eine Aussage, der wohl längst nicht alle zustimmen würden. Beobachter sehen in den letzten Jahren teilweise wieder vermehrte Aktivitäten von Unterwalliser Neonazis. So wurden 2013 im Vorfeld einer antirassistischen Demonstration in Monthey mehrere der OrganisatorInnen massiv bedroht. Die Rechtsextremen drohten sogar, sie würden die Demonstration angreifen. Schliesslich kam es in Monthey zu rechtsextremen Schmierereien, die sogenannte «Mur d'espoire» (Mauer der Hoffnung) wurde mit Hackenkreuzen und rassistischen Parolen verschmiert. (RA Nr. 227)

Allgemein gilt die Region Martigny als Hochburg der Neonaziszene. So gibt es in dieser Region unter anderem ein aktives «Chapter» der rechtsextremen Bruderschaft «Hammerskins». Das Vernetzungstreffen von schweizerischen und französischen Neonazis ist ein weiteres Indiz für die starken Aktivitäten der Unterwalliser Neonazis. Die Kantonspolizei sieht das offenbar anders. ■

Ein anderer Blickwinkel:

Der falsche Feminismus

Sarah Heinzmann studiert an der Universität Luzern Philosophie, Politikwissenschaften und Ökonomie.

Ich staune in letzter Zeit nicht schlecht über die scheinbar sehr feministische Ader mancher Politiker. Im Namen der Sicherheit prangern sie Asylsuchende an, da diese anscheinend ‹unsere› Schweizer Frauen belästigen würden. Deshalb sei es dringend notwendig, die Frauen zu schützen und Asylsuchende an die kurze Leine zu nehmen. Komischerweise sind es genau dieselben Politiker, welche sich seit Jahren gegen das Recht auf Abtreibung, gegen bindende Geschlechterquoten, gegen Vaterschaftsurlaub und wahrscheinlich sogar gegen das Frauenstimmrecht aussprechen. Die ansonsten so traditionalistischen Patriarchen geben sich als Verteidiger der Schweizer Frauen.

Ich will mich aber nicht von diesen konservativen Ewiggestrigen beschützen lassen. Ich störe mich sehr daran, wenn fremdenfeindliche Kreise meinen, für uns Frauen reden zu können und uns Sicherheit bieten zu müssen. Die Schweiz ist nämlich in vielen Hinsichten von geschlechtsspezifischen Ungleichheiten geprägt. Der Lohnunterschied zwischen den Geschlechtern ist prekär und für viele Frauen ist es immer noch sehr schwierig, Karriere und Familie miteinander zu kombinieren. Doch dies scheint den rechtskonservativen Haufen wenig zu kümmern.

Der Feminismus kämpft unter anderem gegen die Instrumentalisierung der Frau. In der aktuellen politischen Diskussion fühle ich mich aber häufig selber instrumentalisiert. Im Zeichen der Frauenrechte werden rassistische Slogans formuliert, welche Frauen als Opfer, und Asylsuchende als gewalttätige, frauendiskriminierende Täter abstempeln. Die Luzerner Polizei hat vor den Fasnachtstagen Flyer verteilt, welche Asylsuchende informieren sollen, wie sie sich Frauen gegenüber zu verhalten hätten. Fasnacht ist seit jeher ein sexistisches Fest – wer den Gätsch besucht, weiss, dass plumpe Anmachen, Grabschen und andere Belästigungen auch in der Walliser Fasnacht auf der Tagesordnung stehen. Das Problem ist also tiefer verwurzelt in unserer Gesellschaft und wurde nicht durch Flüchtende gebracht. Es braucht dringend mehr Aufklärung über sexuelle Gewalt. Aber wenn die Aufklärung so einseitig abläuft, dass Schweizer als Frauenbeschützer und Asylsuchende als Täter dargestellt werden, ist das sehr gefährlich. Denn es gab auch vor der Kölner Silvesternacht viel zu viele Angriffe auf Frauen. Zudem gibt es Vermutungen, dass am Oktoberfest die Dunkelziffer an sexuellen Übergriffen gleich hoch sei, wie in jener Nacht in Köln. Es ist jedoch sehr beunruhigend, dass dies totgeschwiegen wird.

Letzte Woche trat im Tessin das Burkaverbot in Kraft. Die Burka sei ein klares Zeichen dafür, dass Frauen in der muslimischen Welt untergeordnet seien und ihre Körper aufgrund der patriarchalischen Strukturen verhüllen müssen, so lautet die häufig gehörte Argumentation. Dass es den betroffenen Frauen nicht weiterhilft, wenn das Tragen einer Burka verboten wird, wird häufig ignoriert. Doch gilt nicht im Westen seit Jahren der Slogan «Sex sells»? Halbnackte Frauen werben mittlerweile für alle denkbaren und undenkbaren Produkte. Wer nicht einsieht, dass ein Plakat von einer Frau in Unterwäsche genauso sexistisch sein kann wie eine Burka, ist auf einem Auge blind.

Geschlechterspezifische Gewalt ist ein ernstzunehmendes Problem unserer Gesellschaft. Es braucht dringend mehr Aufklärung, aber nicht nur für ausländische Männer. Sexismus ist nämlich in erster Linie keine Frage der Herkunft, sondern des Charakters. Wir brauchen keine Politiker, die für uns reden. Sondern Männer und Frauen, die sich mit uns zusammen einsetzen für mehr Gleichheit zwischen den Geschlechtern. Denn Sexismus ist schrecklich – aber Rassismus auch. ■

Buchtipp:

«Ohrfeige»

Autor:	Abbas Khider
Titel:	Ohrfeige
Verlag:	Hanser Verlag
ISBN:	978-3-446-35054-3
Preis:	17.50 Franken

Die Flüchtlingskrise war und ist in letzter Zeit allgegenwärtig. Viel wurde und wird über die Situation der Flüchtenden geschrieben. Abbas Khider hat mit seinem neuen Roman versucht, den Flüchtenden und ihren alltäglichen Problemen eine Stimme zu geben.

Der Roman spielt in Deutschland. Der Iraker Karim Mensy fungiert als Protagonist. Ohne grosse Umschweife landen die LeserInnen direkt im Geschehen. Karim betritt das Büro der Ausländerbehörde, um seine Sachbearbeiterin aufzusuchen. Er will, dass ihm endlich jemand zuhört und ihn versteht. Darum erzählt er Frau Schulz seine Fluchtgeschichte und die damit verbundenen Hindernisse im täglichen Leben in Deutschland. Karim fesselt Frau Schulz an den Stuhl, damit sie ihm endlich zuhört, denn die bürokratischen Vorgänge lassen keinen Platz für Emotionen und Einzelschicksale.

Diese bürokratischen Handlungen spielen im ganzen Roman eine wichtige Rolle. Neben der fiktiven und dennoch realen Frau Schulz, werden Karin und seine Leidensgenossen permanent vor behördliche Willkür gestellt. Sei es in der ersten Unterkunft im bayrischen Niemandsland, in der die Flüchtenden vor allem eines erleben: Langeweile und Hilflosigkeit. Oder etwa im Heim in München, in welchem immerhin eine kleine Eigenständigkeit aufgebaut werden kann. Fakt ist, den geringen Bedürfnissen wird niemals Rechnung getragen. Sei dies eine Bewilligung für einen Deutschkurs, oder die Hilfe bei der Arbeitssuche. Die Flüchtenden werden vor bürokratische Hürden gestellt, soweit das Auge reicht. Karim lässt sich daher auch auf fragwürdige Freundschaften und eher abenteuerliche Liebschaften ein.

Abbas schrieb mit Ohrfeige einen fulminanten Roman, der aktueller nicht sein könnte. Aber um es vorweg zu nehmen, schön ist er nicht. Für einen Einblick in das Leben der Flüchtenden und damit auch Empörung, sollte der Roman dennoch sorgen. Und ob die Ohrfeige an Frau Schulz schlussendlich wirklich ausgeführt wird, darf die Leserschaft gerne selber herausfinden. Damit kann eigentlich nur noch eins gesagt werden: Refugees Welcome! **Michael Näpfli**

Veranstaltungen:

In der Roten Anneliese erscheinen regelmässig ausgewählte Veranstaltungstipps für Jung und Alt. Möchten auch Sie Ihre Veranstaltung hier abgedruckt sehen? Dann schreiben Sie uns an rote.anneliese@rhone.ch mit dem Vermerk «Veranstaltung».

Musikdorf Ernen (Tellenhaus)

Querlesen

23. Juli 2016, 20.00 Uhr – 21.30 Uhr
Lesung mit **Christian Schünemann** aus dem Buch «Pfingstrosenrot», moderiert von Bettina Böttinger.

24. Juli 2016, 11.00 Uhr – 12.30 Uhr
Lesung mit **Angela Steidele** aus dem Buch «Rosenstengel», moderiert von Bettina Böttinger.

24. Juli 2016, 14.00 Uhr – 15.30 Uhr
Lesung mit **Daniel Schreiber** aus dem Buch «Nüchtern», moderiert von Bettina Böttinger.

«Alpenfeuer» auf dem Simplonpass

13. August «Alpenfeuer»
Am Samstag, 13. August 2016, findet das alljährliches Alpenfeuer der Alpeninitiative statt. Dieses Mal wird es auf dem Simplonpass entzündet. Damit will die Alpeninitiative ein Zeichen für den Alpenschutz und gegen die Gefahrenguttransporte am Simplon setzen.

Ein kleines Rahmenprogramm mit Apéro und Nachtessen wird die BesucherInnen auf das Alpenfeuer, den Höhepunkt des Abends, einstimmen.

Am Sonntag bietet die Alpeninitiative allen Wanderlustigen eine einfache und schöne Wanderung vom wildromantischen Simplonpass durch reizvolle Waldweiden und an verschiedenen Weilern vorbei nach Simplon-Dorf an.

Weitere Informationen und Anmeldung unter:
www.alpeninitiative.ch/alpenfeuer

WWF Oberwallis

9. September 2016
19.00 – 21.00 Uhr

Im Rahmen des Projekt «Solar» findet im Grünwald-Saal in Brig ein Podium zum Thema Solarenergie und Energiewende statt. Es referieren folgende Personen zum Thema:

- Beat Ruppen, Winsun AG, Steg
- Josef Jenni, Energietechnik AG, Oberburg
- Pierre-Yves Cina, DEWK Kanton Wallis
- Catherine Martinson, WWF Schweiz

Anschliessend findet eine Podiumsdiskussion unter der Leitung von Lothar Berchtold statt. Nach der Podiumsdiskussion offeriert der WWF Oberwallis allen TeilnehmerInnen einen Apéro.

10. September 2016
10.00 – 16.00 Uhr

Auf dem Sebastiansplatz in Brig findet am 10. September das Projekt «Solar-Markt» statt. Sechs verschiedene Stände und eine Bühne mit Live-Musik laden alle Interessierten ein, sich näher mit dem Thema der Solarenergie zu beschäftigen.

Theater La Poste Visp

«Bocca al lupo» – So ist das Leben
Anfangen, wo etwas aufhört. Das Stück beginnt mit dem Ende einer ganz normalen Geburtstagsfeier und es endet mit dem Beginn der Feier.
Ayckbourn bricht am Schluss die Einheit der Zeit radikal auf. Das Wissen um Ihre Vergangenheit und Ihre Zukunft verändert rückwirkend den Blick auf die handelnden Personen. Auf der Suche nach Ihrem persönlichen Glück spüren Sie oft nicht wie nahe Sie ihm wären. Na denn: «Viel Glück» oder eben «bocca al lupo»!
«Bocca als lupo» ist ein Stück des britischen Autors Alan Ayckbourn, der einst vom «British Council» als einer der herausragendsten zeitgenössischen Dramatiker bezeichnet wurde.

15. September	22. September
16. September	23. September
21. September	Jeweils um 19.30 Uhr

Mediathek Brig

13. September 2016, 19.30 – 20.30 Uhr
Im Rahmen der Reihe «Unmögliche Bücher» liest **Regula Imboden** «Harmonia Caelestis» von Péter Esterházy vor.
Musik mit **Daniel Blatter**

Der Besondere Film

KINO ASTORIA, VISP	jeweils 20.30 Uhr
18.07.16	Petting Zoo
25.07.16	Tomorrow – Demain
01.08.16	Das Leben drehen
08.08.16	Un + Une
18.08.16	Belgica
22.08.16	Money Monster
29.08.16	Mama
05.09.16	La Vache
12.09.16	Aqui no ha pasado nada
19.09.16	Rara

ROTE ANNELIESE
Die kritische Stimme des Oberwallis

Die RA abonnieren – oder verschenken

Name/Vorname
Strasse
PLZ/Ort
E-Mail
Telefon

☐ Ich bestelle ein RA-ABO für 50 Franken.
☐ Ich bestelle ein RA-Unterstützungs-ABO für 80 Franken.
☐ Ich verschenke ein RA-ABO für 50 Franken (Rechnung an mich).
☐ Ich bestelle ein Jugendabo zum halben Preis von 25 Franken.
☐ Ich bestelle ein Online-RA-ABO für 50 Franken.

Geschenk-ABO an:
Name/Vorname
Strasse
PLZ/Ort

Talon bitte ausschneiden und senden an:
Rote Anneliese, Postfach 441, 3900 Brig-Glis

oder per E-Mail an:
rote.anneliese@rhone.ch
www.roteanneliese.ch

SP-Grossrat Reinhold Schnyder stellt brisante Fragen zum A9-Desaster:

Staatsrat Melly und Co. murksen und mauern

Sitten | Mitte Juni hinterlegte der Leuker SP-Grossrat Reinhold Schnyder im Kantonsparlament eine dringliche Interpellation zum fortgesetzten Bau- und Finanzdesaster beim Autobahnbau im Oberwallis. Eine von acht heissen Fragen: Was wusste der verantwortliche Staatsrat Jean-Jacques Melly (CVP) von den dubiosen Zahlungsvorgängen im Oberwallis? Am 17. Juni liess Melly seinen Staatsratskollegen Freysinger (SVP) im Grossen Rat die Fragen beantworten. Die Antworten fielen so aus, wie die Politik des Staatsrats in diesem Dossier: Schwach und nichtssagend. Die Regierung murkst und mauert weiter.

Beat Jost

Grossrat Reinhold Schnyder schrieb in seinem Vorstoss Klartext: «Beim Bau der A9 im Oberwallis verursachen immer neue Pannen und fortgesetztes Missmanagement massive Kostenüberschreitungen und weitere Bauverzögerungen. Erst kürzlich hat die Zeitung Blick unter der Schlagzeile ‹Hier verlochen Walliser Beamte unsere Steuermillionen› gravierende Vorkommnisse enthüllt.»

Der jüngste Skandal: Die beauftragten Bauunternehmungen stellten happige Nachforderungen in zweistelliger Millionenhöhe. Ein Teil dieser fragwürdigen Forderungen wurden vom Amt für Nationalstrassenbau (ANSB) auch bezahlt, obwohl die örtliche Bauleitung diese Zahlungen nicht unterschrieben hat. Das Bundesamt für Strassen, die Aufsichtsbehörde über das ANSB hat Experten eingesetzt, um die Vorfälle beim Bau der A9 zu analysieren. Inzwischen untersucht auch das Eidgenössische Finanzinspektorat die Vorgänge. Dazu Reinhold Schnyder: «Die Kritik dieser Experten ist hart: Der Kanton Wallis als Bauherr nimmt seine Führungsaufgabe im gesamten Projekt nicht wahr.»

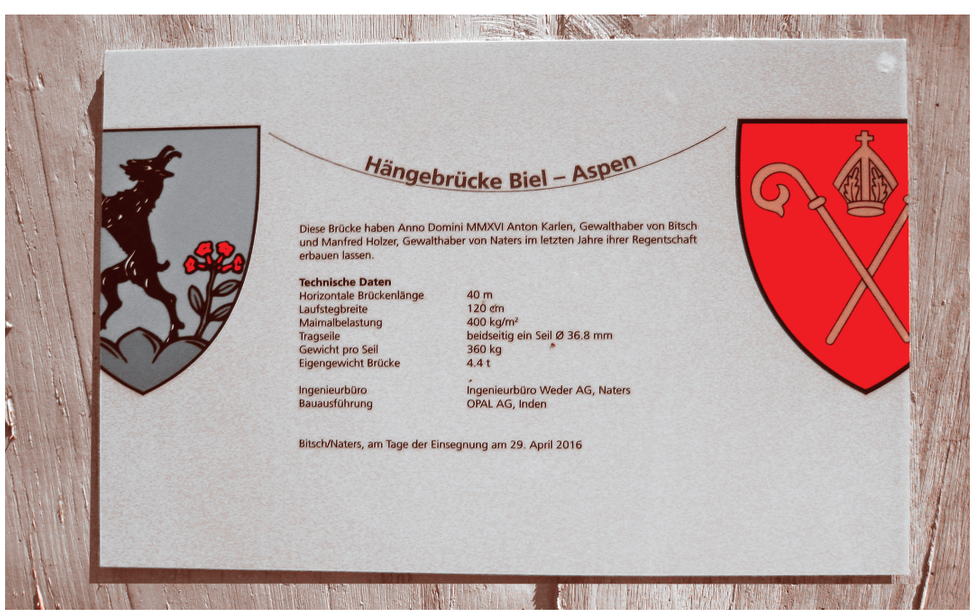
Wir sind gespannt, ob wenigstens der Grossrat – wenn schon nicht der Staatsrat – bezüglich Schnyders Fragen Klarheit schaffen wird:

Dringliche Interpellation

Reinhold Schnyder: SP-Grossrat Leuk

- *Wie hoch sind die Nachforderungen der involvierten Bauunternehmungen?*
- *Wurden wegen minderwertigem Beton und der angeblich komplexeren Geologie an die Bauunternehmen Nachzahlungen geleistet?*
- *Wenn ja, auf welchen Betrag beziffern sich die Nachzahlungen?*
- *Ist es zutreffend, dass die örtliche Bauleitung die Zahlungen mit dem Vermerk «wird von der örtlichen Bauleitung nicht unterschrieben» versah?*
- *Wer hat die Nachzahlungen zu verantworten?*
- *War der Vorsteher des Baudepartementes über die Nachzahlungen informiert?*
- *Welche Massnahmen hat oder wird der Staatsrat treffen, um Vorkommnisse dieser Art zu unterbinden?*
- *Können die weiteren Arbeiten bei der A9 wie vorgesehen weitergeführt werden?* ■

Der heitere Schlusspunkt:



ROTE ANNELIESE
AZB 3900 BRIG | NR. 238 | JULI 2016
Adressänderungen bitte melden bei:
Verein Rote Anneliese, Postfach 441, 3900 Brig-Glis oder per E-Mail an: rote.anneliese@rhone.ch